Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Werkausschusses Wirtschaftsbetrieb

Ludwigshafen

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Freitag, den 09.05.2025
Sitzungsbeginn:	14:00 Uhr
Sitzungsende:	14:30 Uhr
Ort, Raum:	Speisesaal, Kaiserwörthdamm 3

Anwesend waren:

SPD-Stadtratsfraktion

Eva Kraut
Baris Yilmaz
Andreas Rennig
Martina Blaufuß
Julia Caterina May

Vorsitzender

Alexander Thewalt

CDU-Stadtratsfraktion

Dennis Schmidt
Ulrich Sommer
Anthimos Dimitriadis
Andreas Olbert
Wilhelm Wißmann

AFD-Fraktion Ludwigshafen

Thomas Puder
Dr. Volker Betz
Reiner Simon

FDP-Stadtratsfraktion

Hans-Peter Eibes

FWG-Stadtratsfraktion

Christian Ehlers

BSW-Stadtratsfraktion

Petra Malik

Linke & Piraten

Fatma Yavuz

DIE GRUENEN

Susanne Großpietsch

Beratende Mitglieder

Rene Gaworek
Michael Wendel
Andrea Köberlein
Manuela Brose
Michael Steitz

Schriftführer/in

Anja Koch

Mitarbeiter/in der Verwaltung

Andreas Hertlein

Werkleitung

Peter Nebel

Entschuldigt fehlten:

SPD-Stadtratsfraktion

Frank Meier
Michael Hwasta
Sylvia Weiler

CDU-Stadtratsfraktion

Dr. Thorsten Ralle
Dr. Peter Uebel
Andreas Gebauer

AFD-Fraktion Ludwigshafen

Roswitha Winkler
Sabine Jäger-Hofmann
Peter Winkler

FDP-Stadtratsfraktion

Dr. Thomas Schell

FWG-Stadtratsfraktion

Dr. Rainer Metz

BSW-Stadtratsfraktion

Jan Mohammad

Linke & Piraten

Heinz Zell

DIE GRUENEN

Heike Heß

Beratende Mitglieder

Denis Lauer
Tanja Nitsche
Sandra Reis
Karl Schreiber
Carolin Tomalik

Mitarbeiter/in der Verwaltung

Alexander Fuhrmann

Tagesordnung:

1. Änderung der Friedhofssatzung zum 1.Juli 2025
Vorlage: 20251179
2. Ergänzung neuer Gebührentatbestände für die zum 1. Juli 2025 neu einzuführenden Grabarten in der Friedhofssatzung der Stadt Ludwigshafen
Vorlage: 20251180
3. Unterirdische Rattenbekämpfung -Maßnahmegenehmigung-
Vorlage: 20251175

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Werkausschuss Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen war beschlussfähig.

Protokoll:

zu 1 **Änderung der Friedhofssatzung zum 1.Juli 2025**

Der Werkausschuss Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen (WBL) möge beschließen, dem Stadtrat wie folgt zu empfehlen:

Die beigefügte Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein vom 14.12.2020 wird beschlossen.

B e s c h l u s s

Einstimmig angenommen-----

Sachverhalt

Für die Friedhöfe in Ludwigshafen wurde 2021 eine Friedhofsentwicklungsplanung abgeschlossen. Ziel dieser Entwicklungsplanung war, die Bestattung als hoheitliche Aufgabe der Stadt unter den Gesichtspunkten des wirtschaftlichen Betriebs der Friedhöfe und den Bedürfnissen der Bürger*innen auch in Zukunft sicher zu stellen.

Neben Themen wie dem Flächenmanagement für Bestattungsflächen, Erhalt und Aufwertung der Grünflächen als Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas ist eine der wesentlichen Maßnahmen aus der Friedhofsentwicklungsplanung die Einführung neuer Grabarten. Der seit langem vollzogene Wandel in der Bestattungskultur zeigt sich unter anderem in der Nachfrage nach pflegefreien und pflegeleichten Grabarten durch die Bürger*innen. Mit der vorliegenden Änderung der Satzung werden drei neue Grabarten eingeführt. Zudem werden einige Abläufe ausführlicher beschrieben, andere Regelungen werden vereinfacht.

Wesentliche Änderungen

Neben dem Zweck der Daseinsvorsorge als Ort für Bestattungen erfüllen die Friedhöfe weitere öffentliche Leistungen und Funktionen für die Stadt im Hinblick auf Lebensqualität für Bürger*innen, Wertschöpfung, Klimafolgenanpassung und Naturschutz. Dies wird mit aufgenommen.

Auf den Friedhöfen sind Dienstleistungserbringer tätig, z.B. Friedhofsgärtnereien, Steinmetzbetriebe oder Bestattungsinstitute. Dies umfasst unter anderen die Zulassung, die Zufahrts-erlaubnis, die Durchführung von Arbeiten, aber auch die Kontrolle durch die Friedhofsverwaltung. Diese Abläufe wurden neu beschrieben und an die EU-Dienstleistungsrichtlinie 2006/123/EG und das Bundesimmissionsschutzgesetz angepasst.

Urnenbeisetzungen müssen nun innerhalb von 4 Monaten stattfinden, bisher waren es zwei Monate. Dies trägt der gestiegenen Mobilität der Bevölkerung Rechnung. Die Familienangehörige leben verstreuter, für die Organisation einer Beisetzung und Trauerfeier bleibt somit mehr Zeit, wenn sich nach dem Tod für eine Feuerbestattung entschieden wurde.

Der Schutz von Bäumen wird aus Gründen des Erhalts der Bäume und der Verkehrssicherheit mehr berücksichtigt. So kann die Herstellung eines Sarggrabes in ein bestehendes Grab unter Hinzuziehung von Baumfachleuten untersagt werden, wenn dadurch die Wurzeln eines sich in unmittelbarer Nähe befindlichen Baumes geschädigt würden.

Bei der Beisetzung von Urnen sind, außer in Urnenmauern und Urnenstelen, bereits verrott-bare Materialien vorgeschrieben. Dies wurde nun zum Schutz von Boden und Wasser auf Sarg und Sargausstattung ausgeweitet.

Abläufe und Regelungen, wie z.B. Erwerb und Verleihung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, die Verlängerung des Nutzungsrechts, Rückgabe von Nutzungsrechten, Kontrolle der Standsicherheit von Grabmalen, Abräumung von Grabstätten oder die Bedeutung der Ruhezeit für Bestattungen werden konkreter und dadurch besser verständlich ausgeführt. Für die Abteilungen, die sich auf dem Hauptfriedhof ab Eingang Frankenthaler Straße befinden, werden besondere Gestaltungsvorschriften eingeführt, um die Würde dieses historisch und für die Geschichte der Stadt wertvollen Friedhofsteils zu erhalten.

Neue Grabarten

Neu eingeführt wird die Grabart Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnengemeinschafts-grabanlagen an einer historischen Mauer oder in einem historischen Grab. Entlang der Sandsteinmauern entstanden durch den Rückgang der traditionellen Sargbestattung Lücken in der Belegung. Besondere Grabstätten wurden vom Friedhofsträger übernommen, um sie als historisches Zeugnis zu erhalten. An diesen Orten werden eingefasste Urnengemeinschaftsgrabanlagen errichtet, bzw. die historischen Grabmale saniert. Angehörige können in diesen Anlagen das Nutzungsrecht an einer Grabstätte erwerben, die mit zwei Urnen belegt werden kann. Gestaltet werden die Grabstätten mit einer in den Boden eingelassenen Edelstahlröhre und einer Abdeckplatte aus Naturstein. Zudem findet sich eine gemeinsame Natursteinplatte zur Ablage von Blumen und Andenken an die verstorbene Person. Die Grabart

ist für die Angehörigen pflegefrei, die Anlagen sind bepflanzt und werden vom Friedhofsbetrieb gepflegt.

Eine weitere neue Wahlgrabart ist das pflegeleichte Kräuterrasengrab. In besonderer Lage, zunächst auf dem Hauptfriedhof, wird ein Grab für Sargbestattung in einer Kräuterrasenfläche und Urnenbeisetzung in einer angrenzenden Pflanzfläche angeboten, das vom Friedhofsbetrieb in Gänze gepflegt wird. Es bietet den Angehörigen jedoch die Möglichkeit, eine überschaubare Fläche selbst zu bepflanzen oder Andenken abzulegen. Ändert sich im Laufe des Trauerprozesses dieser Wunsch, kann die Fläche wieder entsprechend der umgebenden Gestaltung bepflanzt werden und das Grab ist damit pflegefrei. Hier wird dem Wunsch von Angehörigen Rechnung getragen, dass gerne eine Bestattung im Sarg veranlasst würde, sich die Pflege der Fläche eines Sarggrabes jedoch nicht mehr zugetraut wird. Im Unterschied zur Sargbestattung im naturnahen Bestattungsfeld wird hier ein individuell gestaltetes Grabmal errichtet und die Urnenbeisetzung erfolgt in der Pflanzfläche, nicht im Rasen.

Auf dem Hauptfriedhof wurde eine Abteilung für Bestattung von Mensch und Tier bestimmt, in der unterschiedliche Grabarten angelegt werden. Vorgesehen sind Wahl- und Partnergräber für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen. In diese Grabstätten kann die kremierte Asche von Haustieren als Grabbeigabe gegeben werden, wobei es sich nicht um Beisetzungen handelt. Die Aschekapsel und die Überurne müssen aus zersetzbaren Materialien bestehen.

Wenn die Nachfrage besteht, können diese Grabarten auf allen Friedhöfen angeboten werden.

Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473,475) sowie der §§ 2 Abs. 3, 5 Abs. 2 und 6 Abs. 1 des Bestattungsgesetzes von Rheinland-Pfalz (BestG) vom 04.03.1983 (GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GVBl. S. 341), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluss des Stadtrates vom 30.06.2025 folgende Satzung zur Änderung der Friedhofsatzung vom 14.12.2020.

§ 1

§ 2 der Satzung, Abs. 4 wird neu hinzugefügt:

(4) Friedhöfe sind eine öffentliche Einrichtung der Stadt Ludwigshafen und sind in Ihrer Hauptfunktion Bestandteil der Daseinsvorsorge. Die Friedhöfe nehmen aufgrund ihres Grünanteils wichtige Umwelt- und Naturschutzfunktionen im Interesse der Allgemeinheit wahr. Die Friedhöfe erfüllen außerdem kulturhistorische und soziale Funktionen und haben eine Erholungs- und Wirtschaftsfunktion.

§ 2

§ 5 der Satzung, Abs. 3, Nr. 1 wird wie folgt neu gefasst:

1. mit Fahrzeugen aller Art zu fahren. Dies gilt nicht für Rollstühle, für Rettungs- und Krankenfahrzeuge, Dienstfahrzeuge und Dienstfahräder der Stadtverwaltung, sowie Fahrzeuge der Gewerbetreibenden und sonstige berechnigte Personen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 7,5 t,

§ 5 der Satzung, Abs. 3 Nr. 10 wird neu hinzugefügt:

10. den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen.

§ 5 der Satzung, Abs. 3 S. 2 wird wie folgt ergänzt:

Die Bestimmungen in Abs. 3 Nr.2, 9 und 10 gelten auch für die Friedhofszugänge.

§ 3

§ 6 der Satzung, Abs. 1, wird wie folgt geändert:

(1) Dienstleistungserbringer haben die Aufnahme Ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen. Das Verfahren kann über einen einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des 1. Landesgesetzes zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie in der jeweils gültigen Fassung abgewickelt werden.

§ 6 der Satzung, Abs. 3 bis Abs. 7 erhalten folgende Fassungen:

(3) Zugelassene Gewerbetreibende erhalten eine Berechnigungskarte. Diese ist dem Friedhofsperso-

nal auf Verlangen vorzuzeigen. Für die Zufahrt zu den Friedhöfen wird eine, für das Kalenderjahr gültige Einfahrtsberechtigung ausgestellt.

(4) Dienstleistungen dürfen unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) durchgeführt werden.

An Samstagen darf nach 12 Uhr nur mit besonderer Erlaubnis der Friedhofsverwaltung gearbeitet werden. Die Friedhofsverwaltung kann außerdem anordnen, dass an bestimmten Tagen oder zu bestimmten Stunden gewerbliche Arbeiten nicht ausgeführt werden dürfen. Bestattungen und Trauerfeiern dürfen durch gewerbliche Arbeiten nicht gestört werden.

(5) Dienstleistungserbringer dürfen die Friedhofswege nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit mit dafür in Bezug auf Größe und Gewicht (§ 5 Abs. 3 Nr.1) geeigneten Fahrzeugen im Schritttempo befahren. Das Befahren bestimmter Wege kann untersagt werden.

(6) Die für die Arbeiten erforderlichen Baumaterialien, Maschinen und Geräte dürfen nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt wird. Erde und sonstige Materialien sind nur auf den dafür bestimmten Lagerplätzen getrennt zu entsorgen.

(7) Die in den Grababteilungen aufgestellten Abfallbehälter sind nur für Friedhofsbesucher vorgesehen und dürfen durch die Dienstleistungserbringer nicht benutzt werden. Von Dienstleistungserbringern abgeräumte Grabmale, Einfassungen und Fundamente dürfen nicht auf den Friedhöfen entsorgt werden.

§ 6 der Satzung, Abs. 8, wird neu hinzugefügt:

(8) Gewerbliche Abfälle, die außerhalb der Friedhöfe anfallen, dürfen nicht zur Entsorgung auf die Friedhöfe verbracht werden.

§ 4

§ 7 der Satzung, Abs. 1 wird ohne Nummerierung neu gefasst:

Die besondere Zulassung zur Ausübung gewerblicher Arbeiten kann entzogen werden, wenn die Voraussetzungen des § 6, Abs. 2 nicht mehr vorliegen und die Gewerbetreibenden trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung gegen die Bestimmungen der Friedhofssatzung verstoßen.

§ 7 der Satzung, Abs. 2 entfällt.

§ 5

§ 8 der Satzung, Abs. 1, wird neu gefasst:

(1) *Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung zu beantragen. Der Antragstellung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.*

§ 6

§ 9 der Satzung, Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) *Die Friedhofsverwaltung setzt Zeit und Ort der Bestattung im Benehmen mit den Beteiligten fest.*

Die Bestattungen erfolgen regelmäßig montags bis freitags.

§ 9 der Satzung, Abs. 3 entfällt

§ 7

§ 10 erhält eine neue Bezeichnung:

§ 10 Benutzung der Trauerhallen und Friedhofseinrichtungen

§ 10 der Satzung, Abs. 1 bis 3 werden wie folgt neu gefasst:

(1) Die Friedhofsverwaltung stellt in den Friedhöfen Trauerhallen für Trauerfeiern zur Verfügung, sowie unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten Aufbahrungs- und Kühlräume.

(2) Angehörige können grundsätzlich die verstorbene Person in Aufbahrungsräumen nach Terminvereinbarung mit der Friedhofsverwaltung während der Dienstzeiten in Begleitung eines Mitarbeitenden der Friedhöfe Ludwigshafen aufsuchen.

(3) Der leichenschauenden Ärztin, dem leichenschauenden Arzt und von diesen hinzugezogenen Helferinnen und Helfern, Mitarbeitende der Gerichte und der Staatsanwaltschaft, sowie Polizeibediensteten ist der Zutritt zu den Aufbahrungsräumen und Kühlzellen in Ausübung ihres Dienstes gestattet.

§ 10 der Satzung Abs. 4 wird wie folgt neu hinzugefügt:

(4) Bestattungsinstitute, die Verstorbene außerhalb der Dienstzeiten überführen, haben die Todesbescheinigung der verstorbenen Person, den Namen und die Anschrift des anliefernden Bestattungsinstitutes sowie den Anlieferungszeitpunkt zu hinterlassen.

§ 8

§ 11 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

(1) Bestattungen sind in den Friedhöfen ausschließlich von der Friedhofsverwaltung vorzunehmen.

Dazu gehören insbesondere

- das Einstellen der Leichen in die Trauerhallen,*
- der Transport der Särge und Urnen zu den Gräbern,*
- die Beisetzung mit den vorbereitenden und abschließenden Arbeiten,*
- der Transport der Kränze und Gebinde zu den Gräbern.*

§ 11 der Satzung, Abs. 2 bis 5 werden wie folgt neu eingefügt:

(2) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen

(3) Für den Zeitraum der Bestattung gelten die gesetzlichen Vorschriften.

(4) Urnen müssen spätestens 4 Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden, andernfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen durch Anordnung der Örtlichen Ordnungsbehörde in einer Urnenreihengrabstätte beigesetzt.

(5) Die Friedhofsverwaltung als Ordnungsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

§ 9

§ 12 der Satzung, Abs. 1 wird wie folgt ergänzt:

(1) Die Gräber sind so tief auszuheben, dass der Zwischenraum zwischen der Oberkante des Sarges und der Erdoberfläche (ohne Grabhügel) mindestens 0,80 m beträgt. Eine tiefere Ausschachtung um einen zweiten Sarg beisetzen zu können, ist möglich, je nach Bodenbeschaffenheit.

§ 12 der Satzung, Abs. 4 wird wie folgt ergänzt:

(4) Ist die Grabherstellung in einem bestehenden Grab durch Gehölze und deren Wurzeln erschwert, muss im Einzelfall durch die Friedhofsverwaltung entschieden werden, ob eine Bestattung in diesem Grab stattfinden darf.

§ 10

§ 13 der Satzung, Abs. 4 wird wie folgt neu gefasst:

(4) Die Särge, die Sargausstattung, die Bekleidung der verstorbenen Person, die Urnen oder Überurnen müssen so beschaffen sein, dass sie die Verwesung bzw. Zersetzung innerhalb der Ruhefrist ermöglichen. Insbesondere dürfen die Inhaltsstoffe nicht die Beschaffenheit des Bodens, des Grundwassers oder der Luft nachteilig verändern.

Bei Beisetzungen in Urnenstelen und Urnenmauern können Materialien verwendet werden, die sich nicht zersetzen.

§ 13 der Satzung, Abs. 5 wird gestrichen

§ 13 der Satzung, Abs. 6 wird zu Abs. 5

§ 11

§ 16 der Satzung, Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Das Nutzungsrecht an einer Grabstätte wird von der Friedhofsverwaltung auf Antrag verliehen. Nutzungsberechtigte Person kann nur eine natürliche Person sein. Der Erwerb eines Nutzungsrechts für gewerbliche Zwecke ist nicht erlaubt. Die Verleihung des Nutzungsrechts wird erst nach Zahlung der durch die Friedhofsgebührensatzung festgesetzten Gebühr rechtswirksam. Über den Erwerb des Nutzungsrechts wird eine Urkunde ausgestellt.

§ 16 der Satzung, Abs. 4 wird neu hinzugefügt:

(4) Eine Bestattung darf nur stattfinden, wenn ein Nutzungsrecht mindestens für die Dauer der Ruhezeit besteht oder erworben wird. Wahl – und Partnergrabstätten müssen verlängert werden, sollte die verbleibende Nutzungsdauer die Ruhezeit der beizusetzenden Person nicht umfassen.

§ 16 der Satzung, Abs. 5 wird wie folgt ergänzt:

(5) Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung. Beeinträchtigungen durch Bäume oder Anpflanzungen sind zu dulden.

§ 16 der Satzung, Abs. 4 wird zu Abs. 6.

§ 16 der Satzung, Abs. 5 wird zu Abs. 7.

§ 12

§ 17a der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 17a Reihengräber in gärtnerbetreuten Grabfeldern

§ 17a der Satzung, Abs. 1 und 2 werden wie folgt neu gefasst:

- (1) *Es werden Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen in Reihen- und Partnergräbern durchgeführt.*
- (2) *Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Vertrags mit externen Dienstleistern über die Dauergrabpflege und die Errichtung eines Grabmales.*

§ 13

§ 18 der Satzung, Abs. 4, Nr. 1 wird das Wort Beisetzung durch das Wort Bestattung ersetzt.

§ 18 der Satzung, Abs. 4, Nr. 2 wird das Wort Urnenreihengrabstätten durch das Wort Urnenpartnergrabstätten ersetzt.

§ 14

§ 18a der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 18a Partnergräber in gärtnerbetreuten Grabfeldern

§ 18a der Satzung, werden die Abs. 1 und 2 wie folgt neu gefasst:

- (1) *Es werden Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen in einstelligen Grabstätten durchgeführt. Die Lage der Partnergräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.*
- (2) *Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Vertrages mit externen Dienstleistern über die Dauergrabpflege und die Errichtung eines Grabmales. Wird die Erdbestattung oder Urnenbeisetzung bei der Friedhofsverwaltung beantragt, ist dieser Vertrag vorzulegen.*

§ 15

§ 19 der Satzung, Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

- (1) *Die Wahlgrabstätten werden angelegt als*
 1. *Wahlgräber für Erdbestattungen*
 2. *Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen*

3. Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen in
 - a) in Urnenmauernischen,
 - b) in Urnenstelen,
 - c) in Urnengemeinschaftsgrabanlagen an einer Sandsteinstele,
 - d) in Urnengemeinschaftsgrabanlagen an einer historischer Mauer,
 - e) in Urnengemeinschaftsgrabanlagen in historischen Grabstätten.
4. Wahlgrabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen.
5. Wahlgräber für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen in Bestattungsfeldern – Mensch-Tier.
6. pflegeleichte Kräuterrasengräber für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen.

§ 19 der Satzung, Abs. 2 wie folgt neu gefasst:

- (2) *Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen. Auf schriftlichen Antrag wird ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen, dieses ist verlängerbar. Zur Vorsorge kann ein Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte auch ohne einen Sterbefall erworben werden. Die Lage der Wahlgräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.*

§ 19 der Satzung, Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

- (5) *Das Nutzungsrecht kann auf schriftlichen Antrag verlängert werden. Dem Antrag wird nur stattgegeben, wenn das Wahlgrab ordnungsgemäß angelegt und unterhalten, sowie die Nutzungsgebühr vollständig bezahlt worden ist. Die Verlängerung erstreckt sich auf die gesamte Grabstätte.*

§ 16

§ 20 der Satzung, Abs. 1 bis 3, 5 und 6 werden wie folgt neu gefasst:

- (1) *In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. Nr. 1 können zwei Leichen übereinander (tiefe Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) und bis zu vier Urnen beigesetzt werden.*
- (2) *In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 können bis zu vier Urnen beigesetzt werden.*
- (3) *In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Erdbestattungen können zwei Leichen übereinander (tiefe Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) beigesetzt oder eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.*
- (5) *In einer Urnenmauernische, Urnenstele und in Urnengemeinschaftsgrabanlagen können bis zu zwei Urnen beigesetzt werden.*
- (6) *In einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld können in ausgewiesenen Flächen:*
 1. *zwei Leichen übereinander (tiefe Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) oder in Ausnahmefällen eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.*
 2. *eine Urne beigesetzt werden.*

§ 20 der Satzung, Abs 9 entfällt

- (8) *Ausnahmen von der Belegung können von der Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen zugelassen werden*

§ 20 der Satzung, Abs. 10 wird Abs. 9.

§ 17

§ 21 der Satzung, Abs. 1 und 2 werden wie folgt neu gefasst:

- (1) *Die nutzungsberechtigte Person hat im Rahmen der Friedhofsatzung das Recht, Verstorbene in dem Wahl- oder Partnergrab bestatten zu lassen und nach seinem Ableben in diesem Grab bestattet zu werden. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und Pflege des Grabes entsprechend der Würde des Ortes*
- (2) *Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll die nutzungsberechtigte Person für den Fall ihres Ablebens ihre Nachfolgerin oder ihren Nachfolger bestimmen. Wird bis zu ihrem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf Angehörige der verstorbenen nutzungsberechtigten Person mit deren Zustimmung über:*
 1. *überlebender Ehegatte bzw. eingetragener Lebenspartner*in,*
 2. *Kinder,*
 3. *Enkelkinder,*
 4. *Geschwister,*
 5. *Eltern,*
 6. *die nicht unter Nr. 1 bis 5 fallenden Erben.*

§ 21 der Satzung, Abs. 3 entfällt.

§ 21 der Satzung, Abs. 4 wird zu Abs. 3 und wie folgt neu gefasst:

- (3) *Auf das Nutzungsrecht an unbelegten Wahlgrabstätten kann jederzeit, an belegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit verzichtet werden. Ein Verzicht ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Bei der Rückgabe des Nutzungsrechtes wird die entrichtete Gebühr nicht zurückerstattet.*

§ 21 der Satzung, Abs. 5 wird zu Abs. 4:

§ 21 der Satzung, Abs. 6 wird zu Abs. 5 und wie folgt neu gefasst:

- (5) *Beim Tausch von Wahl- und Partnergräbern sind die Absätze 1 bis 4 entsprechend anzuwenden, die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, Ausnahmen zu zulassen.*

§ 18

§ 22 der Satzung, Abs. 1 wird um Nr. 4 ergänzt:

- (1) *Das Nutzungsrecht erlischt*
 1. *durch Ablauf der Nutzungszeit oder*
 2. *durch Entzug des Nutzungsrechtes oder*
 3. *durch Ablauf des Dauergrabpflegevertrages bei einer Grabstätte i. S. d. § 18 a oder*

4. *bei Wahlgrabstätten mit schriftlichem Verzicht nach Ablauf der Ruhezeit der letztverstorbenen Person.*

§ 22 der Satzung, Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

Das Nutzungsrecht kann entzogen werden, wenn Gebühren und sonstige Forderungen nicht bezahlt werden.

§ 22 der Satzung, Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Vor dem Entzug muss die nutzungsberechtigte Person schriftlich gegen Zustellungsnachweis benachrichtigt werden. Ist die nutzungsberechtigte Person unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine einmalige öffentliche Aufforderung in ortsüblicher Weise.

§ 19

§ 23 der Satzung, Abs. 2 wird wie folgt neu gefasst:

(2) Frühestens drei, spätestens sechs Monate nach der Bestattung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts ist die Grabstätte gärtnerisch anzulegen.

§ 20

§ 25 der Satzung, Abs. 1 bis 4 werden gestrichen

§ 25 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

Es gibt auf den Friedhöfen in Ludwigshafen einzelne Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften. Die Grabmale, Grabeinfassungen, Grababdeckungen und sonstige Grabausstattungen müssen in Ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung den festgelegten Anforderungen (siehe Anlagen 1-8) entsprechen. Diese Anlagen sind Bestandteil dieser Friedhofssatzung.

§ 21

§ 27 der Satzung, Abs. 3 wird wie folgt neu gefasst:

(3) Bei Grabstätten an Friedhofsmauern dürfen keine Wandplatten angebracht werden.

§ 22

§ 29 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

- (1) Die Grabmale werden einmal jährlich durch die Friedhofsverwaltung entsprechend der Anleitung für die jährliche Standsicherheitskontrolle des Bundesverbandes Deutscher Friedhofsverwalter nach der Frostperiode überprüft.*
- (2) Über Mängel der Standsicherheit wird die nutzungsberechtigte Person schriftlich informiert. Sie ist verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Abhilfe zu treffen. Werden die Mängel nicht innerhalb einer gesetzten Frist behoben, erfolgt ein zweites Anschreiben mit erneuter Fristsetzung. Bei erneutem Verstreichen dieser Frist wird durch die Friedhofsverwaltung nach*

pflichtgemäßen Ermessen auf Kosten der nutzungsberechtigten Person ein verkehrssicherer Zustand herbeigeführt.

§ 23

§ 30 der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 30 Verkehrssicherungspflicht für Grabmale und bauliche Anlagen

§ 30 Abs.1 wird wie folgt neu gefasst:

(1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen, sowie die Platten der Abstandsflächen sind in verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist hierfür die nutzungsberechtigte Person.

§ 30 Abs. 5 wird wie folgt neu gefasst:

(5) Für alle Schäden, die durch nicht fachgerechte Ausführung der Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen entstehen, haftet die nutzungsberechtigte Person.

§ 24

§ 31 der Satzung Abs. 1 und 2 werden wie folgt neu gefasst:

- (1) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale und Einfassungen durch die nutzungsberechtigte Person nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.*
- (2) Nach Ablauf oder Verzicht der Nutzungszeit bei Wahl- und Partnergrabstätten oder nach der Entziehung des Nutzungsrechts sind innerhalb von 6 Wochen die baulichen Anlagen zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person räumen zu lassen.*

§ 31 der Satzung Abs. 3 bis 6 werden wie folgt ergänzt:

- (3) Die nutzungsberechtigte Person kann die Friedhofsverwaltung oder einen Dienstleistungserbringer mit diesen Arbeiten beauftragen. Auf den Ablauf des Nutzungsrechts wird schriftlich hingewiesen.*
- (4) Das Abräumen der Grabstätte beinhaltet die Entfernung der gesamten baulichen Anlage inklusive der Fundamente, das Auffüllen des Grabes mit den auf den Friedhöfen bereit gestelltem Material und das Angleichen der Fläche an die Umgebung.*
- (5) Auf Ablauf der Ruhezeit der Reihengrabstätten wird ortsüblich hingewiesen. 3 Monaten nach Ablauf wird die Grabstätte in der Gesamtheit abgeräumt.*
- (6) Holt die nutzungsberechtigte Person das Grabmal und sonstige Ausstattungsgegenstände nicht innerhalb dieser drei Monate ab, werden diese als herrenlose Sachen behandelt und entschädigungslos der Verwertung und Entsorgung zugeführt*

§ 25

§ 32 der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 32 Sondergrabstätten

§ 32 der Satzung erhält folgende neue Fassung:

- (1) *Ehrengräber werden durch die Stadt zuerkannt. Die Anlage und die Unterhaltung erfolgen durch die Stadt.*
- (2) *Historisch und künstlerisch wertvolle Grabdenkmäler, die erhalten werden sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Stadt übernimmt das Nutzungsrecht an diesen Grabmälern nach Ablauf oder Rückgabe von der Nutzungsberechtigten Person.*
- (3) *Denkmalgeschützte Grabstätten dürfen ohne Zustimmung der zuständigen Denkmalschutzbehörde nicht verändert oder abgebaut werden.*
- (4) *Kriegsgräber sind:*
 - *Die Ehrenfelder zum Gedenken an Opfer des ersten und des zweiten Weltkriegs*
 - *Das Ehrenfeld des deutsch-Französischen Krieges 1870/1871*
 - *Die internationalen Gedenkfelder für Zwangsarbeiter*innen im Nationalsozialismus*
- (5) *Gedenkfelder der BASF für die Opfer von Explosionen der Jahre:*
 - *1921*
 - *1948*
- (6) *Gemeinschaftsgrabstätte der Herzenskinder (nicht bestattungspflichtige Kinder und Föten)*
- (7) *Grabfelder der Schwestern des deutschen roten Kreuzes, der katholischen Schwestern der Diakonissen Speyer, der Pfarrer*

§ 26

§ 34 der Satzung, Abs. 1, Nr. 8 wird wie folgt neu gefasst:

8. als Nutzungsberechtigte Person oder Dienstleistungserbringer Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen ohne vorherige Anzeige (§ 6 Abs. 1) errichtet, verändert (§ 26 Abs. 2) oder entfernt (§ 31)

§ 34 der Satzung, Abs. 1, Nr. 10 wird wie folgt neu gefasst:

10. die Bestimmungen über zulässige Gestaltung und Maße für Grabmale nicht einhält (Anlagen 1-8),

§ 34 der Satzung, Abs. 1, Nr. 11 wird wie folgt ergänzt:

11. kremierte Aschen von Haustieren in Grabstätten außerhalb der dafür bestimmten Abteilungen beigibt.

§ 27

§ 35 der Satzung erhält eine neue Bezeichnung:

§ 35 Begrifflichkeiten:

§ 35 der Satzung wird wie folgt neu gefasst:

1. Bestattung
Bei der Bestattung handelt es sich um die Übergabe des menschlichen Leichnams an die Elemente (Erde oder Feuer).
2. Beisetzung
Eine Beisetzung ist das Versenken oder Einstellen einer Urne in ein Grab.
3. Grabstelle/Grabstätte
Die Grabstelle umschreibt die kleinste Einheit der Fläche für die Beisetzung einer verstorbenen Person. Die Grabstätte bezeichnet den Standort des Grabes und kann eine oder mehrere Grabstellen beinhalten.
4. Nutzungsberechtigte Person
Nutzungsberechtigte Person ist die Person, die das Recht hat, über die Bestattung in der Grabstätte zu verfügen, in der Grabstätte selbst bestattet zu werden, über die Gestaltung der Grabstätte im Rahmen der in dieser Satzung enthaltenen und auf ihr beruhenden Vorschriften zu entscheiden und die das Recht der Pflege der Grabstätte im Rahmen dieser Satzung erhalten hat.
5. Grabnutzungsdauer
Nutzungsdauer umfasst die Zeitspanne, innerhalb derer die Grabstätte von der nutzungsberechtigten Person genutzt werden darf.
6. Ruhezeit
Ruhezeit entspricht der Totenruhe, innerhalb derer die Grabstelle in einer Grabstätte nicht erneut belegt werden darf.
7. Wahlgrab:
Eine Wahlgrabstätte unterscheidet von Reihengrabstätten grundsätzlich dadurch, dass die Lage durch die Angehörigen ausgesucht werden kann. Größe, Lage und längere Nutzungszeit zeichnen ein Wahlgrab aus.
8. Reihengrab:
Reihengräber werden der Reihe nach vergeben und sind nicht verlängerbar.

§ 28

§ 35 der Satzung wird zu § 36 und wird wie folgt neu gefasst:

Die Satzung tritt am 01.07.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein vom 14.12.2020 außer Kraft.

§ 29

Anlage 2 erhält eine neue Bezeichnung:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnengemeinschaftsgrabanlage an der Sandsteinstele

Satz 1 und 2 werden gestrichen.

§ 30

Anlage 3 wird wie folgt neu gefasst:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Urnengemeinschaftsgrabanlagen an der historischen Mauer oder im historischen Grab

- (1) *Die Urnengemeinschaftsgrabanlagen sind mit Naturstein eingefasst und durch die Friedhofsverwaltung bepflanzt.*
- (2) *Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten eine Grabstätte für zwei Urnenbeisetzungen in einer Edelstahlröhre zur Verfügung.*
- (3) *Die Urnenerdröhre hat einen Innendurchmesser von 25 cm. Nach unten ist sie offen und mit der Erde verbunden, das Vergehen der Urnen ist somit gewährleistet. Über die erste beigesetzte Urnen wird ein Zwischenboden eingesetzt, so dass eine zweite Urne beigesetzt werden kann. Verschluss wird die Urnenerdröhre mit einer Verschlussplatte aus Metall und einer Granitplatte.*
- (4) *Die Namensnennung der verstorbenen Personen kann durch die Nutzungsberechtigte Person auf der Granitplatte des Grabes oder mit einer Plakette der Größe 10*15 cm an einer gemeinschaftlichen Natursteinstele erfolgen.*
- (5) *Als gemeinschaftliche Ablagefläche steht eine Natursteinplatte zur Verfügung. Auf die Grabstätte selbst darf nichts abgelegt oder gepflanzt werden, die Pflanzung darf nicht betreten werden.*
- (6) *Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör oder Pflanzungen zu entfernen und zu entsorgen. Die Pflege, Gestaltung und Verkehrssicherheit der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.*

§ 31

Anlage 4 erhält eine neue Bezeichnung:

Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für naturnahe Bestattungsfelder (Baumbestattungen vor dem 31.12.2020)

Satz 1 und 2 werden gestrichen.

§ 32

Anlage 5 wird wie folgt ergänzt:

Gestaltung der Grabmale in Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften L1 und D5C auf dem Hauptfriedhof

(1) Die Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung den nachstehenden Anforderungen entsprechen:

Für Grabmale dürfen nur Natursteine oder Holz oder geschmiedetes oder gegossenes Metall verwendet werden.

Findlinge, findlingsähnliche, unbearbeitete, bruchraue, grellweiße und tiefschwarze Steine sind nicht zugelassen.

Bei der Gestaltung und Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:

1. Alle Steine müssen allseitig und gleichmäßig bearbeitet sein,
2. alle Bearbeitungsarten sind zulässig, außer Politur
3. Politur ist nur als gestalterisches Element für Ornament und Schrift erlaubt, sofern sie nicht überwiegt
4. die Grabmale müssen aus einem Stück hergestellt sein, sie dürfen keine Sockel haben
5. nicht zugelassen sind alle nicht aufgeführten Materialien, Zutaten, Gestaltungs- und Bearbeitungsarten, insbesondere Beton, Glas, Emaille, Kunststoff, Lichtbilder, Gold, Silber, Bronze und Farben
6. Grabeinfassungen und Grababdeckungen sind nicht zugelassen.

(2) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:

1. Stehende Grabmale
 - a) bei einstelligen Gräbern:
Höhe 0,80 bis 1,20 m, Breite bis 0,60 m, Mindeststärke 0,18 m;
 - b) bei mehrstelligen Gräbern:
Höhe 1,00 bis 1,20 m, Breite bis 1,40 m, Mindeststärke 0,18 m.
2. Liegende Grabmale
 - a) bei einstelligen Gräbern:
Breite bis 0,60 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,14 m bis 0,30 m;
 - b) bei mehrstelligen Gräbern:
Breite bis 0,75 m, Länge 0,80 bis 1,20 m, Höhe 0,14 bis 0,30 m.

(3) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:

1. Stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss 0,40 x 0,40 m, Höhe 0,80 bis 1,20 m;
2. Liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m

§ 33

Anlage 6 wird wie folgt ergänzt:

Gestaltung der Grabstätten in den Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften

B links B rechts und B MAU auf dem Hauptfriedhof

- (1) *Diese Abteilungen befinden sich in einer Denkmalzone. Es finden sich dort viele historische Grabstätten und Ehrengräber der Stadt Ludwigshafen, angrenzend liegen Gedenkfelder der Kriegsgräber. Es ist in hervorgehobener Weise auf die Würde des Ortes und die einheitliche Gestaltung entsprechend der umgebenden Gräbern zu achten.*
- (2) *Bei der Gestaltung sind daher folgende Vorschriften einzuhalten:*
- *Einfassung aus Naturstein, Stärke mind. 8 cm, sind anzulegen*
 - *Abdeckungen aus Naturstein dürfen max. 2/3 des Grabes bedecken, die restliche Fläche ist gärtnerisch anzulegen*
 - *Pflanzungen dürfen 1,80 m Höhe nicht überschreiten und benachbarte Gräber nicht beeinträchtigen*
 - *Holzkreuze sind spätestens 1 Jahr nach der Bestattung zu entfernen.*
 - *LED-Leuchten oder LED-Kerzen dürfen nicht aufgestellt werden.*
- (3) *Folgende Materialien dürfen als Abdeckung der Pflanzfläche oder als Grabschmuck nicht verwendet werden:*
- *Rindenmulch*
 - *Kunststoffgewebe*
 - *Kiese oder Splitte*
 - *Kunststoffe*
 - *Glas*

§ 34

Anlage 7 wird wie folgt ergänzt:

Gestaltung der Grabstätten pflegeleichtes Kräuterrasengrab

- (1) *In einem pflegeleichten Kräuterrasengrab können zwei Särge übereinander (tiefere Ausschachtung bei der ersten Bestattung notwendig) und zwei Urnen beigesetzt werden.*
- (2) *Die Sargbeisetzungen finden in einer Rasenfläche statt, die Urnenbeisetzungen in der an die Rasenfläche anschließenden Pflanzfläche.*
- (3) *Auf einem vorgegebenen Fundament innerhalb der Pflanzfläche ist ein individuell gestaltetes Grabmal mit einer max. Grundfläche von 40x40 cm, stehend oder liegend, zu errichten.*
- (4) *Vor dem Grabmal steht der nutzungsberechtigten Person eine Fläche von ca. 50x40 cm zur individuellen Bepflanzung zur Verfügung. Wird diese Möglichkeit nicht genutzt, wird die Fläche entsprechend der umgebenden Pflanzfläche von der Friedhofsverwaltung gestaltet und gepflegt.*

§ 35

Anlage 8 wird wie folgt ergänzt:

Gestaltung der Grabstätten in den Abteilungen für Mensch und Tier Bestattungen

- (1) *In festgelegten Abteilungen finden sich Erd- und Urnenwahlgrabstätten (siehe § 19), sowie Part-*

nergrabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen (siehe § 18), wenn die Planung dies ermöglicht. Die Belegung nach § 20, Abs. 1-4 gilt entsprechend.

- (2) Haustiere können ausschließlich in Grabstätten dieser Abteilungen als kremierte Asche in verrottbaren Aschekapseln und Überurnen beigegeben werden.*
- (3) Bei der Gestaltung der Grabstätte darf das verstorbene Tier in der Wahrnehmung nicht über die verstorbene Person gesetzt werden.*

§ 36 Inkrafttreten

Diese Änderungssatzung tritt am 01.07.2025 in Kraft.

Ludwigshafen am Rhein, den 30.06.2025
Stadtverwaltung

gez.

Jutta Steinruck
Oberbürgermeisterin

Synopse zur Änderung der Friedhofsatzung 2025

Alt	Neu
<p>§ 2 Rechtscharakter und Friedhofszweck</p>	<p>§ 2 Rechtscharakter und Friedhofszweck (4) Friedhöfe sind eine öffentliche Einrichtung der Stadt Ludwigshafen und sind in Ihrer Hauptfunktion Bestandteil der Daseinsvorsorge. Die Friedhöfe nehmen aufgrund ihres Grünanteils wichtige Umwelt- und Naturschutzfunktionen im Interesse der Allgemeinheit wahr. Die Friedhöfe erfüllen außerdem kulturhistorische und soziale Funktionen sowie Erholungs- und Wirtschaftsfunktionen.</p>
<p>§ 5 Verhalten auf dem Friedhof</p> <p>(3) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mit Fahrzeugen aller Art zu fahren. Dies gilt nicht für Rollstühle, für Rettungs- und Krankenfahrzeuge, Dienstfahrzeuge der Stadtverwaltung sowie zugelassene Fahrzeuge der Gewerbetreibenden mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 7,5 t. 2. Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten, 3. an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung oder Gedenkfeier Arbeiten auszuführen, 4. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren oder zu filmen, 5. Druckschriften zu verteilen, 6. Tiere mit Ausnahme von Assistenzhunden mitzubringen, 7. von den Grabstätten abgeräumte Pflanzen oder sonstige Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen zu lagern, 8. zu spielen, zu lärmern oder Musikwiedergabegeräte zu benutzen, 9. um Gaben und Geschenke zu betteln oder Sammlungen durchzuführen. <p>Die Bestimmungen in Abs. 3 Nr. 2 und 9 gelten auch für die Friedhofszugänge. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.</p>	<p>§ 5 Verhalten auf dem Friedhof</p> <p>(3) Auf den Friedhöfen ist insbesondere nicht gestattet,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. mit Fahrzeugen aller Art zu fahren. Dies gilt nicht für Rollstühle, für Rettungs- und Krankenfahrzeuge, Dienstfahrzeuge und Dienstfahräder der Stadtverwaltung sowie zugelassene zugelassene Fahrzeuge der zugelassenen Gewerbetreibenden und sonstigen berechtigten Personen mit einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 7,5 t. 2. Waren aller Art sowie gewerbliche Dienste anzubieten, 3. an Sonn- und Feiertagen oder in der Nähe einer Bestattung oder Gedenkfeier Arbeiten auszuführen, 4. ohne Zustimmung der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren oder zu filmen, 5. Druckschriften zu verteilen, 6. Tiere mit Ausnahme von Assistenzhunden mitzubringen, 7. von den Grabstätten abgeräumte Pflanzen oder sonstige Abfälle außerhalb der dafür bestimmten Stellen zu lagern, 8. zu spielen, zu lärmern oder Musikwiedergabegeräte zu benutzen, 9. um Gaben und Geschenke zu betteln oder Sammlungen durchzuführen, 10. den Friedhof und seine Einrichtungen, Anlagen und Grabstätten zu verunreinigen oder zu beschädigen. <p>Die Bestimmungen in Abs. 3 Nr. 2, 9 und 10 gelten auch für die Friedhofszugänge. Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.</p>

<p>§ 6 Gewerbliche Arbeiten</p> <p>(1) Der Nutzungsberechtigte hat der Friedhofsverwaltung die Beauftragung von Dienstleistungserbringern anzuzeigen. Bei der Beauftragung ist § 26 zu beachten.</p> <p>(2) Zugelassen sind nur solche Dienstleistungserbringer, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind (vgl. § 26 Abs. 3).</p> <p>(3) Sofern die Friedhofsverwaltung innerhalb eines Monats nach Anzeige keine Bedenken anmeldet, können die Arbeiten ausgeführt werden. Vor Ablauf eines Monats darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der Friedhofsatzung und die Vollständigkeit der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.</p> <p>(4) Für die Ausführung der Tätigkeit ist jeweils eine ausreichende Haftpflichtversicherung nachzuweisen. Die Friedhofsverwaltung kann hiervon Ausnahmen zulassen.</p> <p>(5) Dienstleistungen dürfen nur werktags während der Öffnungszeiten der Friedhöfe ausgeführt werden; sie sind spätestens eine halbe Stunde vor Schließung der Friedhöfe, jedoch spätestens bis 18.00 Uhr zu beenden. An Samstagen darf nach 12 Uhr nur mit besonderer Erlaubnis der Friedhofsverwaltung gearbeitet werden. Die Friedhofsverwaltung kann außerdem anordnen, dass an bestimmten Tagen oder zu bestimmten Stunden gewerbliche Arbeiten nicht ausgeführt werden dürfen. Bestattungen dürfen durch gewerbliche Arbeiten nicht gestört werden.</p> <p>(6) Die Dienstleistungserbringer dürfen die Friedhofswege nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit mit dafür in Bezug auf Größe und Gewicht (§ 5 Abs. 3 Nr.1) ge-</p>	<p>§ 6 Gewerbliche Arbeiten</p> <p>(1) Der Nutzungsberechtigte hat der Friedhofsverwaltung die Beauftragung von Dienstleistungserbringern anzuzeigen. Bei der Beauftragung ist § 26 zu beachten</p> <p>Dienstleistungserbringer haben die Aufnahme ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof anzuzeigen. Das Verfahren kann über einen einheitlichen Ansprechpartner im Sinne des 1. Landesgesetzes zur Umsetzung der EU-Richtlinie in der jeweils gültigen Fassung abgewickelt werden</p> <p>(2) Zugelassen sind nur solche Dienstleistungserbringer, die in fachlicher, betrieblicher und persönlicher Hinsicht zuverlässig sind (vgl. § 26 Abs. 3).</p> <p>(3) Sofern die Friedhofsverwaltung innerhalb eines Monats nach Anzeige keine Bedenken anmeldet, können die Arbeiten ausgeführt werden. Vor Ablauf eines Monats darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der Friedhofsatzung und die Vollständigkeit der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt. Zugelassene Gewerbetreibende erhalten eine Berechtigungskarte. Diese ist dem Friedhofspersonal auf Verlangen vorzuzeigen. Für die Zufahrt zu den Friedhöfen wird eine, für das Kalenderjahr gültige Einfahrtsberechtigung ausgestellt.</p> <p>(4) (Für die Ausführung der Tätigkeit ist jeweils eine ausreichende Haftpflichtversicherung nachzuweisen. Die Friedhofsverwaltung kann hiervon Ausnahmen zulassen</p> <p>(4) Dienstleistungen dürfen nur werktags während der Öffnungszeiten der Friedhöfe ausgeführt werden; sie sind spätestens eine halbe Stunde vor Schließung der Friedhöfe, jedoch spätestens bis 18.00 Uhr zu beenden unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) durchgeführt werden. An Samstagen darf nach 12 Uhr nur mit besonderer Erlaubnis der Friedhofsverwaltung gearbeitet werden. Die Friedhofsverwaltung kann außerdem anordnen, dass an bestimmten Tagen oder zu bestimmten Stunden gewerbliche Arbeiten nicht ausgeführt werden dürfen. Bestattungen und Trauerfeiern dürfen durch gewerbliche Arbeiten nicht gestört werden.</p>
---	--

<p>eigneten gummibereiften Fahrzeugen im Schrittempo befahren. Das Befahren bestimmter Wege kann untersagt werden.</p> <p>(7) Die für die Arbeiten erforderlichen Baumaterialien, Maschinen und Geräte dürfen nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht stören. Erde und sonstige Materialien sind auf die dafür bestimmten Plätze zu bringen. Die durch die Friedhofsverwaltung aufgestellten Abfallstellen dürfen durch die Dienstleistungserbringer nicht benutzt werden. Abgeräumte Grabmale und Einfassungen sind grundsätzlich aus dem Friedhof zu entfernen.</p>	<p>(5) Die Dienstleistungserbringer dürfen die Friedhofswege nur zur Ausübung ihrer Tätigkeit mit dafür in Bezug auf Größe und Gewicht (§ 5 Abs. 3 Nr.1) geeigneten Fahrzeugen im Schrittempo befahren. Das Befahren bestimmter Wege kann untersagt werden.</p> <p>(6) Die für die Arbeiten erforderlichen Baumaterialien, Maschinen und Geräte dürfen nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht stören die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen. Erde und sonstige Materialien sind auf die dafür bestimmten Plätze zu bringen den dafür bestimmten Lagerplätzen, getrennt zu entsorgen. Die durch die Friedhofsverwaltung aufgestellten Abfallstellen dürfen durch die Dienstleistungserbringer nicht benutzt werden. Abgeräumte Grabmale und Einfassungen sind grundsätzlich aus dem Friedhof zu entfernen.</p> <p>(7) Die in den Grababteilungen aufgestellten Abfallbehältnisse sind nur für Friedhofsbesucher vorgesehen und dürfen durch die Dienstleistungserbringer nicht benutzt werden. Von Dienstleistungserbringern abgeräumte Grabmale, Einfassungen und Fundamente dürfen nicht auf den Friedhöfen entsorgt werden.</p> <p>(8) Gewerbliche Abfälle die außerhalb der Friedhöfe anfallen, dürfen nicht zur Entsorgung auf die Friedhöfe verbracht werden.</p>
<p>§ 7 Widerruf der besonderen Zulassung</p> <p>(1) Die besondere Zulassung zur Ausübung gewerblicher Arbeiten kann widerrufen werden, insbesondere wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Dienstleistungserbringer oder seine Bediensteten Bestimmungen dieser Satzung nicht beachten, 2. der Dienstleistungserbringer oder seine Bediensteten dem Einrichtungszweck widersprechende Arbeiten ausführen, 3. der Dienstleistungserbringer sich in persönlicher, fachlicher oder betrieblicher Hinsicht als unzuverlässig erweist oder 4. der Dienstleistungserbringer festgesetzte Gebühren nicht entrichtet. <p>(2) Die Untersagung kann befristet oder unbefristet erteilt werden.</p>	<p>§ 7 Widerruf der Zulassung</p> <p>(4) Die besondere Zulassung zur Ausübung gewerblicher Arbeiten kann widerrufen werden, insbesondere wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Dienstleistungserbringer oder seine Bediensteten Bestimmungen dieser Satzung nicht beachten, 2. der Dienstleistungserbringer oder seine Bediensteten dem Einrichtungszweck widersprechende Arbeiten ausführen, 3. der Dienstleistungserbringer sich in persönlicher, fachlicher oder betrieblicher Hinsicht als unzuverlässig erweist oder 4. der Dienstleistungserbringer festgesetzte Gebühren nicht entrichtet. <p>die Voraussetzungen des § 6, Abs. 2 nicht mehr vorliegen und die Gewerbetreibenden trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung gegen die Bestimmungen der Friedhofssatzung verstoßen.</p> <p>(2) Die Untersagung kann befristet oder unbefristet erteilt werden.</p>

<p>§ 8 Anzeigepflicht</p> <p>(1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Stadtverwaltung – Friedhofsverwaltung – anzumelden. Dabei ist die Todesbescheinigung des Arztes vorzulegen. Die Anmeldung des Sterbefalles beim Standesamt ist nachzuweisen. Das gleiche gilt für ein totgeborenes oder in der Geburt verstorbenes Kind, wenn das Gewicht mindestens 500 Gramm beträgt.</p>	<p>§ 8 Anzeigepflicht</p> <p>(2) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Stadtverwaltung – Friedhofsverwaltung anzumelden zu beantragen. Dabei ist die Todesbescheinigung des Arztes vorzulegen. Die Anmeldung des Sterbefalles beim Standesamt ist nachzuweisen. Das gleiche gilt für ein totgeborenes oder in der Geburt verstorbenes Kind, wenn das Gewicht mindestens 500 Gramm beträgt. Der Antragstellung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.</p>
<p>§ 9 Bestattungszeiten</p> <p>(1) Die Bestattungszeiten werden von der Friedhofsverwaltung festgesetzt, wobei die Wünsche der Beteiligten möglichst zu berücksichtigen sind. Bestattungen finden grundsätzlich nur während der normalen Arbeitszeit des Friedhofspersonals statt; Sonn- und Feiertage sind von Bestattungen freizuhalten.</p> <p>(2) Soll aus zwingenden Gründen eine Bestattung ausnahmsweise außerhalb der normalen Arbeitszeit erfolgen, ist die Erlaubnis der Friedhofsverwaltung rechtzeitig einzuholen. Der anfallende Mehraufwand ist vom Antragsteller zu tragen.</p> <p>(3) Aschen müssen spätestens zwei Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden; ist bis dahin der Grabplatz nicht bestimmt, erfolgt die Beisetzung in einer Urnenreihengrabstätte. Bei ordnungsbehördlichen Beisetzungen können von der Friedhofsverwaltung Ausnahmen zugelassen werden.</p>	<p>§ 9 Bestattungszeiten</p> <p>(1) Die Bestattungszeiten werden von der Friedhofsverwaltung festgesetzt, wobei die Wünsche der Beteiligten möglichst zu berücksichtigen sind. Bestattungen finden grundsätzlich nur während der normalen Arbeitszeit des Friedhofspersonals statt; Sonn- und Feiertage sind von Bestattungen freizuhalten. Die Friedhofsverwaltung setzt Zeit und Ort der Bestattung im Benehmen mit den Beteiligten fest. Die Bestattungen erfolgen regelmäßig montags bis freitags.</p> <p>(2) Soll aus zwingenden Gründen eine Bestattung ausnahmsweise außerhalb der normalen Arbeitszeit erfolgen, ist die Erlaubnis der Friedhofsverwaltung rechtzeitig einzuholen. Der anfallende Mehraufwand ist vom Antragsteller zu tragen.</p> <p>(3) Aschen müssen spätestens zwei Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden; ist bis dahin der Grabplatz nicht bestimmt, erfolgt die Beisetzung in einer Urnenreihengrabstätte. Bei ordnungsbehördlichen Beisetzungen können von der Friedhofsverwaltung Ausnahmen zugelassen werden.</p>
<p>§10 Benutzung der Trauerhallen</p> <p>(1) Die Friedhofsverwaltung stellt in den Friedhöfen Trauerhallen zur Verfügung. Sie dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Die Trauerhallen stehen für alle Bestattungsfeiern zur Verfügung.</p> <p>(2) Sofern nichts anderes bestimmt ist, werden Särge 15 Minuten vor Beginn der Bestattungsfeiern geschlossen und dürfen dann nicht mehr geöffnet werden.</p>	<p>§ 10 Benutzung der Trauerhallen und Friedhofseinrichtungen</p> <p>(1) Die Friedhofsverwaltung stellt in den Friedhöfen Trauerhallen für Trauerfeiern zur Verfügung, sowie unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten Aufbahrungs- und Kühlräume. Sie dienen der Aufnahme der Leichen bis zur Bestattung. Die Trauerhallen stehen für alle Bestattungsfeiern zur Verfügung.</p> <p>(2) Sofern nichts anderes bestimmt ist, werden Särge 15 Minuten vor Beginn der Bestattungsfeiern geschlossen und dürfen dann nicht mehr geöffnet werden. Angehörige können grundsätzlich</p>

<p>(3) Zutritt zu den Aufbahrungsräumen haben nach vorheriger Anmeldung bei der Friedhofsverwaltung nur die Angehörigen des Verstorbenen und die in ihrer Begleitung befindlichen Personen. Ärzten, Mitarbeitern der Gerichte und der Staatsanwaltschaft sowie Polizeibeamten ist der Zutritt in Ausübung ihres Dienstes gestattet.</p>	<p>lich die verstorbene Person in Aufbahrungsräumen nach Terminvereinbarung mit der Friedhofsverwaltung während der Dienstzeit in Begleitung eines Mitarbeitenden der Friedhöfe Ludwigshafen aufsuchen.</p> <p>(3) Zutritt zu den Aufbahrungsräumen haben nach vorheriger Anmeldung bei der Friedhofsverwaltung nur die Angehörigen des Verstorbenen und die in ihrer Begleitung befindlichen Personen. Ärzten, Mitarbeitern der Gerichte und der Staatsanwaltschaft sowie Polizeibeamten ist der Zutritt in Ausübung ihres Dienstes gestattet.</p> <p>Der leichenschauenden Ärztin, dem leichenschauenden Arzt und von diesen hinzugezogenen Helferinnen und Helfern, Mitarbeitende der Gerichte und der Staatsanwaltschaft, sowie Polizeibediensteten ist der Zutritt zu den Aufbahrungsräumen und Kühlzellen in Ausübung ihres Dienstes gestattet.</p> <p>(4) Bestattungsinstitute, die Verstorbene außerhalb der Dienstzeiten in Kühlzellen einstellen, haben die Todesbescheinigung der verstorbenen Person, den Namen und die Anschrift des anliefernden Bestattungsinstitutes sowie den Anlieferungszeitpunkt zu hinterlassen.</p>
<p>§ 11 Bestattung Bestattungen sind in den Friedhöfen ausschließlich von der Friedhofsverwaltung vorzunehmen. Dazu gehören insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Einstellen der Leichen in den Trauerhallen, - der Transport der Särge zu den Gräbern mit den vorbereitenden und abschließenden Arbeiten, das Öffnen und Schließen der Gräber, - das Versenken der Särge, das Einäschern der Leichen im Krematorium, - die Beisetzung der Urnen, - der Transport der Kränze und Gebinde zu den Gräbern. 	<p>§ 11 Bestattung (1) Bestattungen sind in den Friedhöfen ausschließlich von der Friedhofsverwaltung vorzunehmen. Dazu gehören insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Einstellen und Aufbahren der Leichen in die Trauerhallen, - der Transport der Särge und Urnen zu den Gräbern, mit den vorbereitenden und abschließenden Arbeiten, das Öffnen und Schließen der Gräber, - die Bestattung Beisetzung mit den vorbereitenden und abschließenden Arbeiten - der Transport der Kränze und Gebinde zu den Gräbern. <p>(2) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen.</p> <p>(3) Für den Zeitraum der Bestattung gelten die gesetzlichen Vorschriften.</p> <p>(4) Urnen müssen spätestens 4 Monate nach der Einäscherung beigesetzt werden, andernfalls werden sie auf Kosten des Bestattungspflichtigen durch Anordnung der Örtlichen Ordnungsbehörde in einer Urnenreihengrabstätte beigesetzt.</p> <p>(5) Die Friedhofsverwaltung als Ordnungsbehörde</p>

	kann Ausnahmen zulassen.
<p>§ 12 Grabherstellung</p> <p>(1) Die Gräber sind so tief auszuheben, dass der Zwischenraum zwischen der Oberkante des Sarges und der Erdoberfläche (ohne Grabhügel) mindestens 0,80 m beträgt.</p> <p>(2) Urnen sind so beizusetzen, dass die Oberkante mindestens 0,50 m unter der Erdoberfläche ist.</p> <p>(3) Vor der Erdbestattung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabmal, Einfassung, Fundament und Grabzubehör entfernen zu lassen. Vor der Urnenbeisetzung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabzubehör entfernen zu lassen. Grabmale sind bei Urnenbeisetzungen zu entfernen, sofern dies zur Durchführung der Beisetzung erforderlich ist. Wenn beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu erstatten.</p>	<p>§ 12 Grabherstellung</p> <p>(1) Die Gräber sind so tief auszuheben, dass der Zwischenraum zwischen der Oberkante des Sarges und der Erdoberfläche (ohne Grabhügel) mindestens 0,80 m beträgt. Eine tiefere Ausschachtung, um einen zweiten Sarg beisetzen zu können, ist je nach Bodenbeschaffenheit möglich.</p> <p>(2) Urnen sind so beizusetzen, dass die Oberkante mindestens 0,50 m unter der Erdoberfläche ist.</p> <p>(3) Vor der Erdbestattung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabmal, Einfassung, Fundament und Grabzubehör entfernen zu lassen. Vor der Urnenbeisetzung hat der Nutzungsberechtigte auf seine Kosten Grabzubehör entfernen zu lassen. Grabmale sind bei Urnenbeisetzungen zu entfernen, sofern dies zur Durchführung der Beisetzung erforderlich ist. Wenn beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör durch die Friedhofsverwaltung entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu erstatten.</p> <p>(4) Ist die Grabherstellung in einem bestehenden Grab durch Gehölze und deren Wurzeln erschwert, muss im Einzelfall durch die Friedhofsverwaltung entschieden werden, ob eine Bestattung in diesem Grab stattfinden darf.</p>
<p>§ 13 Säрге und Urnen</p> <p>(4) Die Beisetzung von Urnen in Steinkästen oder nicht innerhalb der Ruhezeit vergänglichen Überurnen ist außer in den Urnenstelen und den Urnenmauern nicht zulässig.</p> <p>(5) Die Bestattung in einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld erfolgt nur in einer dafür vorgesehenen biologisch abbaubaren Urne.</p>	<p>§ 13 Säрге und Urnen</p> <p>(4) Die Beisetzung von Urnen in Steinkästen oder nicht innerhalb der Ruhezeit vergänglichen Überurnen ist außer in den Urnenstelen und den Urnenmauern nicht zulässig. Die Säрге, die Sargausstattung, die Bekleidung der verstorbenen Person, die Urnen oder Überurnen müssen so beschaffen sein, dass sie die Verwesung bzw. Zersetzung innerhalb der Ruhefrist ermöglichen. Insbesondere dürfen sie nicht die Beschaffenheit des Bodens, des Grundwassers und der Luft nachteilig verändern. Bei Beisetzungen in Urnenstelen und Urnenmauern können Materialien verwendet werden, die sich nicht zersetzen.</p> <p>(5) Die Bestattung in einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld erfolgt nur in einer dafür vorgesehenen biologisch abbaubaren Urne.</p> <p>(5) Eine Bestattung im Leichentuch kann im Einzelfall aus religiösen Gründen von der Ge-</p>

<p>(6) Eine Bestattung im Leichentuch kann im Einzelfall aus religiösen Gründen von der Genehmigungsbehörde gestattet werden, wenn nachgewiesen ist, dass keine gesundheitlichen oder hygienischen Bedenken bestehen. Die Überführung zum Bestattungsplatz hat in einem Sarg zu erfolgen. § 13 BestG bleibt unberührt.</p>	<p>nehmigungsbehörde gestattet werden, wenn nachgewiesen ist, dass keine gesundheitlichen oder hygienischen Bedenken bestehen. Die Überführung zum Bestattungsplatz hat in einem Sarg zu erfolgen. § 13 BestG bleibt unberührt.</p>
<p>§16 Allgemeines</p> <p>(3) Die Grabstätten werden beim Todesfall bzw. beim Erwerb des Nutzungsrechts überlassen. Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung. Beeinträchtigungen durch Bäume oder Anpflanzungen sind zu dulden.</p> <p>(4) Die Grabstätten werden unterschieden in</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Reihengräber (2) Partnergräber (3) Wahlgräber <p>(5) Die Abstandsflächen zwischen den Gräbern sind der jeweiligen Abteilung entsprechend einheitlich gestaltet. Das erforderliche Material für Ausbesserungen der unbefestigten Flächen ist auf dem jeweiligen Friedhof erhältlich.</p>	<p>§ 16 Allgemeines</p> <p>(3) Die Grabstätten werden beim Todesfall bzw. beim Erwerb des Nutzungsrechts überlassen. Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechts an einer der Lage nach bestimmten Grabstätte oder auf Unveränderlichkeit der Umgebung. Beeinträchtigungen durch Bäume oder Anpflanzungen sind zu dulden. Das Nutzungsrecht an einer Grabstätte wird von der Friedhofsverwaltung auf Antrag verliehen. Nutzungsberechtigte Person kann nur eine natürliche Person sein. Der Erwerb eines Nutzungsrechts für gewerbliche Zwecke ist nicht erlaubt. Die Verleihung des Nutzungsrechts wird erst nach Zahlung der durch die Friedhofsgebührensatzung festgesetzten Gebühr rechtswirksam. Über den Erwerb des Nutzungsrechts wird eine Urkunde ausgestellt.</p> <p>(4) Eine Bestattung darf nur stattfinden, wenn ein Nutzungsrecht mindestens für die Dauer der Ruhezeit besteht oder erworben wird. Wahl – und Partnergrabstätten müssen verlängert werden, sollte die verbleibende Nutzungsdauer die Ruhezeit der beizusetzenden Person nicht umfassen.</p> <p>(5) Es besteht kein Anspruch auf Verleihung des Nutzungsrechts sowie an einer bestimmten Lage der Grabstätte. Beeinträchtigungen durch Fauna und Flora sowie Umwelteinflüsse sind zu dulden.</p> <p>(6) Die Grabstätten werden unterschieden in</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Reihengräber (2) Partnergräber (3) Wahlgräber <p>(7) Die Abstandsflächen zwischen den Gräbern sind der jeweiligen Abteilung entsprechend einheitlich gestaltet. Das erforderliche Material für Ausbesserungen der unbefestigten Flächen ist auf dem jeweiligen Friedhof erhältlich</p>
<p>§ 17a Reihengräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag</p> <p>(1) Es werden Erdbeisetzungen und Urnenbeisetzungen in Einzelgräbern und Urnenbeisetzungen in Gemein-</p>	<p>§ 17a Reihengräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag in gärtnerbetreuten Grabfeldern</p> <p>(1) Es werden Erdbeisetzungen Erdbestattungen</p>

<p>schaftsgrabanlagen durchgeführt.</p> <p>(2) Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Dauergrabpflegevertrages und der Errichtung eines Grabmales.</p>	<p>und Urnenbeisetzungen in Einzelgräbern und Urnenbeisetzungen in Gemeinschaftsgrabanlagen in Reihengräbern durchgeführt.</p> <p>(2) Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Dauergrabpflegevertrages Vertrags mit externen Dienstleistern über die Dauergrabpflege und der die Errichtung eines Grabmales.</p>																																
<p>§ 18 Partnergräber</p> <p>(1) Partnergräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als einstellige Grabstätten vergeben Die Lage der Partnergräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.</p> <p>(2) Das Nutzungsrecht beginnt mit dem Datum der Bestattung. Es endet nach 30 Jahren.</p> <p>(3) Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden, wenn der/die zweite Verstorbene im Partnergrab beigesetzt worden ist. § 20 Abs. 7 bleibt unberührt. Wenn nach Ablauf des Nutzungsrechtes der zweite Partner noch nicht beigesetzt worden ist, kann das Nutzungsrecht um die Dauer der Ruhezeit (§ 14) oder um 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden.</p> <p>(4) Ein Partnergrab hat folgende Maße:</p> <ol style="list-style-type: none"> Partnergrabstätten für die Beisetzung von Leichen <table border="1" data-bbox="300 1281 831 1350"> <tr> <td>Länge:</td> <td>2,30 m</td> <td>Breite:</td> <td>1,00 m</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>Abstand:</td> <td>0,30 m</td> </tr> </table> Urnenreihengräber; sie haben folgende Regelmaße: <table border="1" data-bbox="300 1406 831 1476"> <tr> <td>Länge:</td> <td>1,00 m</td> <td>Breite:</td> <td>0,75 m</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>Abstand:</td> <td>0,25 m</td> </tr> </table> 	Länge:	2,30 m	Breite:	1,00 m			Abstand:	0,30 m	Länge:	1,00 m	Breite:	0,75 m			Abstand:	0,25 m	<p>§ 18 Partnergräber</p> <p>(1) Partnergräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als einstellige Grabstätten vergeben Die Lage der Partnergräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.</p> <p>(2) Das Nutzungsrecht beginnt mit dem Datum der Bestattung. Es endet nach 30 Jahren.</p> <p>(3) Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden, wenn der/die zweite Verstorbene im Partnergrab beigesetzt worden ist. § 20 Abs. 7 bleibt unberührt. Wenn nach Ablauf des Nutzungsrechtes der zweite Partner noch nicht beigesetzt worden ist, kann das Nutzungsrecht um die Dauer der Ruhezeit (§ 14) oder um 5, 10 oder 15 Jahre verlängert werden.</p> <p>(4) Ein Partnergrab hat folgende Maße:</p> <ol style="list-style-type: none"> Partnergrabstätten für die Beisetzung Be- stattung von Leichen <table border="1" data-bbox="1002 1220 1469 1290"> <tr> <td>Länge:</td> <td>2,30 m</td> <td>Breite:</td> <td>1,00 m</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>Abstand:</td> <td>0,30 m</td> </tr> </table> Urnenreihengräber Urnenpartnergrabstätten; sie haben folgende Regelmaße: <table border="1" data-bbox="1002 1346 1469 1415"> <tr> <td>Länge:</td> <td>1,00 m</td> <td>Breite:</td> <td>0,75 m</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td>Abstand:</td> <td>0,25 m</td> </tr> </table> 	Länge:	2,30 m	Breite:	1,00 m			Abstand:	0,30 m	Länge:	1,00 m	Breite:	0,75 m			Abstand:	0,25 m
Länge:	2,30 m	Breite:	1,00 m																														
		Abstand:	0,30 m																														
Länge:	1,00 m	Breite:	0,75 m																														
		Abstand:	0,25 m																														
Länge:	2,30 m	Breite:	1,00 m																														
		Abstand:	0,30 m																														
Länge:	1,00 m	Breite:	0,75 m																														
		Abstand:	0,25 m																														
<p>§ 18a Partnergräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag</p> <p>(1) Es werden Erdbeisetzungen und Urnenbeisetzungen in einstelligen Grabstätten durchgeführt. Die Lage der Partnergräber wird durch die Friedhofsverwaltung bestimmt.</p> <p>(2) Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Dauergrabpflegevertrages und der Errichtung eines Grabmales.</p>	<p>§ 18a Partnergräber mit privatrechtlichem Dauergrabpflegevertrag in gärtnerbetreuten Grabfeldern</p> <p>(3) Es werden Erdbeisetzungen Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen in einstelligen Grabstätten durchgeführt. Die Lage der Partnergräber wird durch die Friedhofsverwaltung im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.</p> <p>(4) Die Vergabe des Nutzungsrechtes erfolgt nur in Verbindung mit dem Abschluss eines Dauergrabpflegevertrages Vertrages mit externen Dienstleistern über die Dauergrabpflege und der die Errichtung eines Grabmales. Wird die</p>																																

<p>(3) Das Nutzungsrecht beginnt mit dem Datum der Bestattung. Es endet nach 30 Jahren.</p>	<p style="color: red;">Erdbestattung oder Urnenbeisetzung bei der Friedhofsverwaltung beantragt, ist dieser Vertrag vorzulegen.</p> <p>(5) Das Nutzungsrecht beginnt mit dem Datum der Bestattung. Es endet nach 30 Jahren.</p>
<p>§ 19 Wahlgräber</p> <p>(3) Die Wahlgrabstätten werden angelegt als</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wahlgräber für Erdbestattungen (Erd-Familiengräber), 2. Wahlgräber für Urnenbeisetzungen (Urnen-Familiengräber), 3. Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen <ol style="list-style-type: none"> a) in Urnenmauernischen b) in Urnenstelen c) in Urnengemeinschaftsgrabanlagen 4. Wahlgrabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen <p>(4) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird. Sie werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben Die Lage der Wahlgräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.</p> <p>(5) Bei Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld wird auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren verliehen</p> <p>(6) Das Nutzungsrecht beginnt mit dem Datum der Bestattung. Es endet nach 25 bis 30 Jahren. Für Nutzungsrechte, die vor dem 01.01.2006 erworben wurden, bleibt das Nutzungsrecht von 40 Jahren bestehen.</p> <p>(7) Das Nutzungsrecht kann auf schriftlichen Antrag um die volle Nutzungszeit oder um 5, 10, 15, 20, 25 Jahre verlängert werden. Dem Antrag wird nur</p>	<p>§ 19 Wahlgräber</p> <p>(1) Die Wahlgrabstätten werden angelegt als</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wahlgräber für Erdbestattungen (Erd-Familiengräber), 2. Wahlgräber für Urnenbeisetzungen (Urnen-Familiengräber), 3. Wahlgrabstätten für Urnenbeisetzungen <ol style="list-style-type: none"> a. in Urnenmauernischen, b. in Urnenstelen, c. in Urnengemeinschaftsgrabanlagen an einer Sandsteinstele, d. in Urnengemeinschaftsgrabanlagen an einer historischen Mauer, e. in Urnengemeinschaftsgrabanlagen in historischen Grabstätten, 4. Wahlgrabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, 5. Wahlgräber für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen in Bestattungsfeldern Mensch und Tier, 6. pflegeleichte Kräuterrasengräber für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen. <p>(2) Wahlgräber sind Grabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen, an denen. Auf schriftlichen Antrag wird ein Nutzungsrecht für die Dauer von 30 Jahren verliehen wird, dieses ist verlängerbar. Zur Vorsorge kann ein Nutzungsrecht an einer Wahlgrabstätte auch ohne einen Sterbefall erworben werden. Die Lage der Wahlgräber wird im Einvernehmen mit dem Antragsteller bestimmt.</p> <p>(3) Bei Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld wird auf schriftlichen Antrag ein Nutzungsrecht für die Dauer von 25 Jahren verliehen</p> <p>(4) Das Nutzungsrecht beginnt mit dem Datum der Bestattung. Es endet nach 25 bis 30 Jahren. Für Nutzungsrechte, die vor dem 01.01.2006 erworben wurden, bleibt das Nutzungsrecht von 40 Jahren bestehen.</p> <p>(5) Das Nutzungsrecht kann auf schriftlichen Antrag um die volle Nutzungszeit oder um 5, 10, 15, 20, 25 Jahre verlängert werden. Dem Antrag wird nur stattgegeben, wenn das Wahlgrab ordnungsgemäß angelegt und unterhal-</p>

<p>stattgegeben, wenn das Wahlgrab ordnungsgemäß angelegt und unterhalten sowie die Nutzungsgebühr vollständig bezahlt worden ist. Bei einer verbleibenden Nutzungszeit des Wahlgrabes über 5 Jahre ist eine Verlängerung nicht möglich. Die Verlängerung erstreckt sich auf die gesamte Grabstätte.</p>	<p>ten sowie die Nutzungsgebühr vollständig bezahlt worden ist. Bei einer verbleibenden Nutzungszeit des Wahlgrabes über 5 Jahre ist eine Verlängerung nicht möglich. Die Verlängerung erstreckt sich auf die gesamte Grabstätte.</p>
<p>§ 20 Belegung der Wahl- und Partnergräber</p> <p>(4) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. Nr. 1 (Erd-Familiengräber) können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) und bis zu vier Ascheurnen beigesetzt werden.</p> <p>(5) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) können vier Ascheurnen beigesetzt werden.</p> <p>(6) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Erdbestattungen können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung) beigesetzt oder eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.</p> <p>(7) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Urnenbeisetzungen können zwei Urnen beigesetzt werden</p> <p>(8) In einer Urnenmauernische, Urnenstele und in einer Urnengemeinschaftsgrabanlage können zwei Ascheurnen beigesetzt werden.</p> <p>(9) In einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld können in ausgewiesenen Flächen</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. zwei Leichen übereinander oder in Ausnahmefällen eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden; (Wahlgrabstätte-Erdbestattung) 4. eine Urne beigesetzt werden. (Wahlgrabstätte Urnenbeisetzung) <p>(10) Die Bestattung in einem Wahl- oder Partnergrab ist nur dann zulässig, wenn das Nutzungsrecht an dem Grab sich mindestens bis zum Ende der Ruhezeit der beizusetzenden Leiche oder Urne erstreckt. Endet das Nutzungsrecht vor diesem Zeitpunkt, muss es mindestens um die vollen Jahre verlängert werden, die bis zum Ende der Ruhezeit fehlen. Das gleiche gilt bei mehrstelligen Grabstätten.</p> <p>(11) In einem bereits doppelt belegten Wahlgrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nur möglich, wenn die Ruhezeit der zuletzt bestatteten Leiche oder Urne abgelaufen ist.</p>	<p>§ 20 Belegung der Wahl- und Partnergräber</p> <p>(1) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. Nr. 1 (Erd-Familiengräber) können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung tiefe Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) und bis zu vier Ascheurnen Urnen beigesetzt werden.</p> <p>(2) In einem Wahlgrab i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) können vier Ascheurnen Urnen beigesetzt werden.</p> <p>(3) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Erdbestattungen können zwei Leichen übereinander (Doppelbelegung tiefe Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) beigesetzt oder eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden.</p> <p>(4) In einem Partnergrab i. S. des § 18 Abs. 1 oder § 18a Abs. 1 für Urnenbeisetzungen können zwei Urnen beigesetzt werden.</p> <p>(5) In einer Urnenmauernische, Urnenstele und in einer Urnengemeinschaftsgrabanlage können bis zu zwei Ascheurnen Urnen beigesetzt werden.</p> <p>(6) In einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld können in ausgewiesenen Flächen</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) zwei Leichen übereinander (tieferer Ausschachtung bei der ersten Bestattung erforderlich) oder in Ausnahmefällen eine Leiche und eine Urne beigesetzt werden, (Wahlgrabstätte-Erdbestattung) (2) eine Urne beigesetzt werden. (Wahlgrabstätte Urnenbeisetzung) <p>(7) Die Bestattung in einem Wahl- oder Partnergrab ist nur dann zulässig, wenn das Nutzungsrecht an dem Grab sich mindestens bis zum Ende der Ruhezeit der beizusetzenden Leiche oder Urne erstreckt. Endet das Nutzungsrecht vor diesem Zeitpunkt, muss es mindestens um die vollen Jahre verlängert werden, die bis zum Ende der Ruhezeit fehlen. Das gleiche gilt bei mehrstelligen Grabstätten.</p> <p>(8) In einem bereits doppelt belegten Wahlgrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nur möglich, wenn die Ruhezeit der zuletzt be-</p>

<p>(12) In einem bereits doppelt belegten Partnergrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nicht möglich.</p> <p>(13) Ausnahmen von der Belegung können von der Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen zugelassen werden</p>	<p>statteten Leiche oder Urne abgelaufen ist.</p> <p>(9) In einem bereits doppelt belegten Partnergrab ist die Bestattung einer weiteren Leiche oder Urne nicht möglich.</p> <p>(9) Ausnahmen von der Belegung können von der Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßem Ermessen zugelassen werden.</p>
<p>§ 21 Umfang und Rückgabe des Nutzungsrechts an einem Wahl- und Partnergrab</p> <p>(4) Der Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofsatzung das Recht, Verstorbene in dem Wahlgrab bestatten zu lassen und nach seinem Ableben in dem Wahlgrab bestattet zu werden.</p> <p>(5) Das Nutzungsrecht kann mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf eine andere Person übertragen werden. Die Übertragung erfolgt nur, wenn die an der Übertragung beteiligten Personen in die Übertragung schriftlich einwilligen. Die Bestimmung des Rechtsnachfolgers soll bereits mit Stellung des Antrages durch schriftliche Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung erfolgen. Ist eine Bestimmung nicht erfolgt, so geht im Falle des Ablebens des Nutzungsberechtigten das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen der verstorbenen Nutzungsberechtigten Person mit deren Zustimmung über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 7. überlebender Ehegatte bzw. eingetragener Lebenspartner, 8. Kinder, 9. Enkel, 10. Geschwister, 11. Eltern, 12. die nicht unter Nr. 1 bis 5 fallenden Erben. <p>(6) Die in Abs. 2 genannten Personen haben der Friedhofsverwaltung innerhalb von drei Monaten nach dem Tode des bisherigen Nutzungsberechtigten den neuen Nutzungsberechtigten zu benennen. Wird ein Nutzungsberechtigter nicht benannt, werden weitere Bestattungen so lange nicht zugelassen.</p>	<p>§ 21 Umfang und Rückgabe des Nutzungsrechts an einem Wahl- und Partnergrab</p> <p>(1) Der Nutzungsberechtigte Die nutzungsberechtigte Person hat im Rahmen der Friedhofsatzung das Recht, Verstorbene in dem Wahl- oder Partnergrab bestatten zu lassen und nach seinem Ableben in dem Wahlgrab diesem Grab bestattet zu werden. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und Pflege des Grabes entsprechend der Würde des Ortes.</p> <p>(2) Das Nutzungsrecht kann mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung auf eine andere Person übertragen werden. Die Übertragung erfolgt nur, wenn die an der Übertragung beteiligten Personen in die Übertragung schriftlich einwilligen. Die Bestimmung des Rechtsnachfolgers soll bereits mit Stellung des Antrages durch schriftliche Erklärung gegenüber der Friedhofsverwaltung erfolgen. Ist eine Bestimmung nicht erfolgt, so geht im Falle des Ablebens des Nutzungsberechtigten Bei der Verleihung des Nutzungsrechts soll die nutzungsberechtigte Person für den Fall ihres Ablebens ihre Nachfolgerin oder ihren Nachfolger bestimmen. Wird bis zu ihrem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen der verstorbenen nutzungsberechtigten Person mit deren Zustimmung über:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. überlebender Ehegatte bzw. eingetragener Lebenspartner, 2. Kinder, 3. Enkelkinder, 4. Geschwister, 5. Eltern, 6. die nicht unter Nr. 1 bis 5 fallenden Erben. <p>(3) Die in Abs. 2 genannten Personen haben der Friedhofsverwaltung innerhalb von drei Monaten nach dem Tode des bisherigen Nutzungsberechtigten den neuen Nutzungsberechtigten zu benennen. Wird ein Nutzungsberechtigter nicht benannt, werden weitere Bestattungen so lange nicht zugelassen.</p> <p>(4) (3) Das Nutzungsrecht an einem unbelegten</p>

<p>(7) Das Nutzungsrecht an einem unbelegten Wahl- oder Partnergrab kann jederzeit zurückgegeben werden. Das Nutzungsrecht an einem belegten Wahl- oder Partnergrab kann erst dann zurückgegeben werden, wenn die Ruhezeit des zuletzt Verstorbenen abgelaufen ist. Die Rückgabe muss vom Nutzungsberechtigten schriftlich bei der Friedhofsverwaltung angezeigt werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Bei der Rückgabe des Nutzungsrechtes wird die entrichtete Gebühr nicht zurückerstattet.</p> <p>(8) Die Grabräumung erfolgt durch die Friedhofsverwaltung oder den Nutzungsberechtigten. Die Kosten der Grabräumung werden von der Friedhofsverwaltung mit der Grabnutzungsgebühr erhoben. Bei Grabräumung durch den Nutzungsberechtigten wird die entrichtete Gebühr zurückerstattet.</p> <p>(9) Beim Tausch von Wahl- und Partnergräbern sind die Absätze 1 bis 5 entsprechend anzuwenden, die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, Ausnahmen zu zulassen.</p>	<p>Wahl- oder Partnergrab kann jederzeit zurückgegeben werden. Das Nutzungsrecht an einem belegten Wahl- oder Partnergrab kann erst dann zurückgegeben werden, wenn die Ruhezeit des zuletzt Verstorbenen abgelaufen ist. Die Rückgabe muss vom Nutzungsberechtigten schriftlich bei der Friedhofsverwaltung angezeigt werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte möglich. Bei der Rückgabe des Nutzungsrechtes wird die entrichtete Gebühr nicht zurückerstattet.</p> <p>(5) (4) Die Grabräumung erfolgt durch die Friedhofsverwaltung oder den Nutzungsberechtigten. Die Kosten der Grabräumung werden von der Friedhofsverwaltung mit der Grabnutzungsgebühr erhoben. Bei Grabräumung durch den Nutzungsberechtigten wird die entrichtete Gebühr zurückerstattet.</p> <p>(6) (5) Beim Tausch von Wahl- und Partnergräbern sind die Absätze 1 bis 5 4 entsprechend anzuwenden, die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, Ausnahmen zu zulassen.</p>
<p>§ 22 Erlöschen des Nutzungsrechts</p> <p>(2) Das Nutzungsrecht erlischt</p> <ol style="list-style-type: none"> 5. durch Ablauf der Nutzungszeit oder 6. durch Entzug des Nutzungsrechtes oder 7. durch Ablauf des Dauergrabpflegevertrages bei einer Grabstätte i. S. d. § 18a. <p>(3) Das Nutzungsrecht kann entzogen werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Grabstätte mit Zubehör nicht den Vorschriften entsprechend angelegt und unterhalten wird oder 2. die Benutzungsgebühren nicht vollständig bezahlt werden. <p>(4) Vor dem Entzug, der durch die Friedhofsverwaltung verfügt wird, muss der Nutzungsberechtigte schriftlich gegen Zustellungsnachweis zur Behebung des Mangels aufgefordert werden. Ist der Berechtigte unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine einmalige öffentliche Aufforderung in ortsüblicher Weise.</p>	<p>§ 22 Erlöschen des Nutzungsrechts</p> <p>(1) Das Nutzungsrecht erlischt</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. durch Ablauf der Nutzungszeit oder 2. durch Entzug des Nutzungsrechtes oder 3. durch Ablauf des Dauergrabpflegevertrages bei einer Grabstätte i. S. d. § 18a. 4. bei Wahlgrabstätten mit schriftlicher Verzicht nach Ablauf der Ruhezeit der letztverstorbenen Person. <p>(2) Das Nutzungsrecht kann entzogen werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Grabstätte mit Zubehör nicht den Vorschriften entsprechend angelegt und unterhalten wird oder 2. die Benutzungsgebühren-Gebühren und sonstige Forderungen nicht vollständig bezahlt werden. <p>(3) Vor dem Entzug, der durch die Friedhofsverwaltung verfügt wird, muss der Nutzungsberechtigte die nutzungsberechtigte Person schriftlich gegen Zustellungsnachweis zur Behebung des Mangels aufgefordert benachrichtigt werden. Ist der Berechtigte die nutzungsberechtigte Person unbekannt oder nicht zu ermitteln, genügt eine einmalige öffentliche Aufforderung in ortsüblicher Weise.</p>

<p>§ 23 Allgemeine Gestaltungsvorschriften</p> <p>(2) Frühestens drei, spätestens sechs Monate nach der Bestattung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts ist die Grabstätte gärtnerisch anzulegen; Reihengräber werden vorher von der Friedhofsverwaltung geplant. Die Höhe der Grabhügel darf bei Urnengräbern 5 cm, bei Erdgräbern 10 cm nicht übersteigen.</p>	<p>§ 23 Allgemeine Gestaltungsvorschriften</p> <p>(2) Frühestens drei, spätestens sechs Monate nach der Bestattung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts ist die Grabstätte gärtnerisch anzulegen; Reihengräber werden vorher von der Friedhofsverwaltung geplant. Die Höhe der Grabhügel darf bei Urnengräbern 5 cm, bei Erdgräbern 10 cm nicht übersteigen.</p>
<p>§ 25 Wahlmöglichkeit</p> <p>(1) Auf den Friedhöfen werden Grabfelder mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften (§ 23) und nach Möglichkeit Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften eingerichtet.</p> <p>(2) Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften sind in einem Belegungsplan festgelegt. In dem Belegungsplan können für die Bepflanzung der Grabstätten Regelungen über die Art der Bepflanzung und Gestaltung der Grabstätte erlassen werden.</p> <p>(3) Bei der Zuweisung einer Grabstätte kann der Antragsteller bestimmen, ob diese in einem Grabfeld mit allgemeinen oder mit besonderen Gestaltungsvorschriften liegen soll. Entscheidet der Antragsteller sich für eine Grabstätte mit besonderen Gestaltungsvorschriften, so ist er verpflichtet, die Gestaltungsvorschrift dieser Friedhofsatzung einzuhalten. Eine entsprechende schriftliche Erklärung ist durch den Antragsteller zu unterzeichnen.</p> <p>(4) Wird von dieser Wahlmöglichkeit bei der Anmeldung der Bestattung kein Gebrauch gemacht, erfolgt die Bestattung in einer Gräberabteilung mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften.</p>	<p>§ 25 Wahlmöglichkeit</p> <p>(1) Auf den Friedhöfen werden Grabfelder mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften (§ 23) und nach Möglichkeit Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften eingerichtet.</p> <p>(2) Grabfelder mit besonderen Gestaltungsvorschriften sind in einem Belegungsplan festgelegt. In dem Belegungsplan können für die Bepflanzung der Grabstätten Regelungen über die Art der Bepflanzung und Gestaltung der Grabstätte erlassen werden.</p> <p>(3) Bei der Zuweisung einer Grabstätte kann der Antragsteller bestimmen, ob diese in einem Grabfeld mit allgemeinen oder mit besonderen Gestaltungsvorschriften liegen soll. Entscheidet der Antragsteller sich für eine Grabstätte mit besonderen Gestaltungsvorschriften, so ist er verpflichtet, die Gestaltungsvorschrift dieser Friedhofsatzung einzuhalten. Eine entsprechende schriftliche Erklärung ist durch den Antragsteller zu unterzeichnen.</p> <p>(4) Wird von dieser Wahlmöglichkeit bei der Anmeldung der Bestattung kein Gebrauch gemacht, erfolgt die Bestattung in einer Gräberabteilung mit allgemeinen Gestaltungsvorschriften.</p> <p>Es gibt auf den Friedhöfen in Ludwigshafen einzelne Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften. Die Grabmale, Grabeinfassungen, Grababdeckungen und sonstige Grabausstattungen müssen in Ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung den festgelegten Anforderungen (siehe Anlagen 1-8) entsprechen.</p>
<p>§ 27 Gestaltung</p> <p>(3) Bei den an Friedhofsmauern gelegenen Grabstätten sind Wandplatten an der Mauer anzubringen. Maßstab für die Größe der Platten ist die Höhe der Mauer und die Größe des Grabes. Das Material muss sich sowohl farblich als auch in seiner Flächenbehandlung der Mauer anpassen. In besonderen Fällen können auch liegende Grabplatten zugelassen werden.</p>	<p>§ 27 Gestaltung</p> <p>(3) Bei den an Friedhofsmauern gelegenen Grabstätten sind Wandplatten an der Mauer anzubringen. Maßstab für die Größe der Platten ist die Höhe der Mauer und die Größe des Grabes. Das Material muss sich sowohl farblich als auch in seiner Flächenbehandlung der Mauer anpassen. In besonderen Fällen können auch liegende Grabplatten zugelassen werden. Bei Grabstätten an Friedhofsmauern dürfen keine</p>

	Wandplatten angebracht werden.
<p>§ 29 Standsicherheit Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Grabmale sind so zu fundamentieren, dass es nur zu geringen Setzungen kommt und diese Setzungen gegebenenfalls mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand korrigiert werden können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend. Verantwortlich ist der Nutzungsberechtigte.</p>	<p>§ 29 Standsicherheit Grabmale sind ihrer Größe entsprechend nach den allgemein anerkannten Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Grabmale sind so zu fundamentieren, dass es nur zu geringen Setzungen kommt und diese Setzungen gegebenenfalls mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand korrigiert werden können. Satz 1 gilt für sonstige bauliche Anlagen entsprechend. Verantwortlich ist der Nutzungsberechtigte.</p> <p>(1) Die Grabmale werden einmal jährlich durch die Friedhofsverwaltung entsprechend der Anleitung für die jährliche Standsicherheitskontrolle des Bundesverbandes Deutscher Friedhofsverwalter nach der Frostperiode überprüft.</p> <p>(2) Über Mängel der Standsicherheit wird die nutzungsberechtigte Person schriftlich informiert. Sie ist verpflichtet, unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Abhilfe zu treffen. Werden die Mängel nicht innerhalb einer gesetzten Frist behoben, erfolgt ein zweites Anschreiben mit erneuter Fristsetzung. Bei erneutem Verstreichen dieser Frist wird durch die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßen Ermessen auf Kosten der nutzungsberechtigten Person ein verkehrssicherer Zustand herbeigeführt.</p>
<p>§ 30 Verkehrssicherungspflicht für Grabmale</p> <p>(1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen, sowie die Platten der Abstandsflächen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Sie sind jährlich mindestens einmal nach der Frostperiode zu überprüfen oder überprüfen zu lassen. Verantwortlich hierfür ist der Nutzungsberechtigte.</p> <p>(5) Für alle Schäden, die durch mangelhafte Gründung der Unterhaltung der Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen entstehen, haftet der Nutzungsberechtigte.</p>	<p>§ 30 Verkehrssicherungspflicht für Grabmale und bauliche Anlagen</p> <p>(3) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen, sowie die Platten der Abstandsflächen sind dauernd in verkehrssicherem Zustand zu halten. Sie sind jährlich mindestens einmal nach der Frostperiode zu überprüfen oder überprüfen zu lassen. Verantwortlich hierfür ist der Nutzungsberechtigte die nutzungsberechtigte Person.</p> <p>(5) Für alle Schäden, die durch mangelhafte Gründung der Unterhaltung nicht fachgerechte Ausführung der Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen entstehen, haftet der Nutzungsberechtigte die nutzungsberechtigte Person.</p>

<p>§31 Entfernen von Grabmalen</p> <p>(7) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.</p> <p>(8) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten, nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahl- und Partnergrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale innerhalb einer Frist von drei Monaten durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt die Grabstätte räumen zu lassen. Holt der Nutzungsberechtigte das Grabmal nicht innerhalb von drei Monaten ab, wird es bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen als herrenlose Sache behandelt.</p>	<p>§31 Entfernen von Grabmalen</p> <p>(1) Vor Ablauf der Ruhezeit oder der Nutzungszeit dürfen Grabmale und Einfassungen durch die nutzungsberechtigte Person nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.</p> <p>(2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten, Nach nach Ablauf-oder Verzicht- der Nutzungszeit bei Wahl- und Partnergrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und des Nutzungsrechten Nutzungsrechts sind die Grabmale innerhalb von 6 Wochen die baulichen Anlagen einer Frist von drei Monaten durch den Nutzungsberechtigten zu entfernen. Kommt der Nutzungsberechtigte dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt die Grabstätte räumen zu lassen. Holt der Nutzungsberechtigte das Grabmal nicht innerhalb von drei Monaten ab, wird es bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen als herrenlose Sache behandelt.</p> <p>(3) Die nutzungsberechtigte Person kann die Friedhofsverwaltung oder einen Dienstleistungserbringer mit diesen Arbeiten beauftragen. Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes wird schriftlich hingewiesen. Kommt der Nutzungsberechtigte die nutzungsberechtigte Person dieser Verpflichtung nicht nach, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte auf Kosten der nutzungsberechtigten Person räumen zu lassen.</p> <p>(4) Das Abräumen der Grabstätte beinhaltet die Entfernung der gesamten baulichen Anlage inklusive der Fundamente, das Auffüllen des Grabes mit auf den Friedhöfen bereit gestelltem Material und das Angleichen der Fläche an die Umgebung.</p> <p>(5) Auf Ablauf der Ruhezeit der Reihengrabstätten wird ortsüblich hingewiesen. 3 Monate nach Ablauf wird die Grabstätte in der Gesamtheit abgeräumt.</p> <p>(6) Holt die nutzungsberechtigte Person das Grabmal und sonstige Ausstattungsgegenstände nicht innerhalb von dieser drei Monaten Monate ab, wird es werden diese bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen als herrenlose Sachen behandelt und entschädigungslos der Verwertung oder Entsorgung zugeführt.</p>
<p>§ 32 Gestaltung der Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften</p> <p>(1) Die Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung den nachstehenden Anforderungen entsprechen: Für Grabmale dürfen nur Natursteine oder Holz oder geschmiedetes oder gegossenes Metall verwendet wer-</p>	<p>§ 32 Gestaltung der Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften</p> <p>(1) Die Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung den nachstehenden Anforderungen entsprechen: Für Grabmale dürfen nur Natursteine oder Holz oder geschmiedetes oder gegossenes Metall ver-</p>

<p>den. Findlinge, findlingsähnliche, unbearbeitete, bruchraue, grellweiße und tiefschwarze Steine sind nicht zugelassen. Bei der Gestaltung und Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Alle Steine müssen allseitig und gleichmäßig bearbeitet sein, 2. alle Bearbeitungsarten sind zulässig, außer Politur 3. Politur ist nur als gestalterisches Element für Ornament und Schrift erlaubt, sofern sie nicht überwiegt 4. die Grabmale müssen aus einem Stück hergestellt sein, sie dürfen keine Sockel haben 5. nicht zugelassen sind alle nicht aufgeführten Materialien, Zutaten, Gestaltungs- und Bearbeitungsarten, insbesondere Beton, Glas, Emaille, Kunststoff, Lichtbilder, Gold, Silber, Bronze und Farben 6. Grabeinfassungen und Grababdeckungen sind nicht zugelassen. <p>(2) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stehende Grabmale <ol style="list-style-type: none"> a) bei einstelligen Gräbern: Höhe 0,80 bis 1,20 m, Breite bis 0,60 m, Mindeststärke 0,18 m; b) bei mehrstelligen Gräbern: Höhe 1,00 bis 1,20 m, Breite bis 1,40 m, Mindeststärke 0,18 m. 2. Liegende Grabmale <ol style="list-style-type: none"> a) bei einstelligen Gräbern: Breite bis 0,60 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,14 m bis 0,30 m; b) bei mehrstelligen Gräbern: Breite bis 0,75 m, Länge 0,80 bis 1,20 m, Höhe 0,14 bis 0,30 m. <p>(3) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss 0,40 x 0,40 m, Höhe 0,80 bis 1,20 m; 2. Liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m <p>(4) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen von den</p>	<p>wendet werden. Findlinge, findlingsähnliche, unbearbeitete, bruchraue, grellweiße und tiefschwarze Steine sind nicht zugelassen. Bei der Gestaltung und Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:-</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Alle Steine müssen allseitig und gleichmäßig bearbeitet sein,- 2. alle Bearbeitungsarten sind zulässig, außer Politur- 3. Politur ist nur als gestalterisches Element für Ornament und Schrift erlaubt, sofern sie nicht überwiegt- 4. die Grabmale müssen aus einem Stück hergestellt sein, sie dürfen keine Sockel haben- 5. nicht zugelassen sind alle nicht aufgeführten Materialien, Zutaten, Gestaltungs- und Bearbeitungsarten, insbesondere Beton, Glas, Emaille, Kunststoff, Lichtbilder, Gold, Silber, Bronze und Farben- 6. Grabeinfassungen und Grababdeckungen sind nicht zugelassen.- <p>(2) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stehende Grabmale- <ol style="list-style-type: none"> a) bei einstelligen Gräbern:- Höhe 0,80 bis 1,20 m, Breite bis 0,60 m, Mindeststärke 0,18 m;- b) bei mehrstelligen Gräbern:- Höhe 1,00 bis 1,20 m, Breite bis 1,40 m, Mindeststärke 0,18 m.- 2. Liegende Grabmale- <ol style="list-style-type: none"> a) bei einstelligen Gräbern:- Breite bis 0,60 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,14 m bis 0,30 m;- b) bei mehrstelligen Gräbern:- Breite bis 0,75 m, Länge 0,80 bis 1,20 m, Höhe 0,14 bis 0,30 m.- <p>(3) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss 0,40 x 0,40 m, Höhe 0,80 bis 1,20 m;- 2. Liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m-
--	---

<p>Vorschriften der Absätze 1 bis 3 zulassen und auch sonstige bauliche Anlagen zulassen.</p> <p>(5) Für Urnenstelen, Urnengemeinschaftsgrab- anlagen und Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld gelten besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften, die dieser Satzung als Anlage 1, 2, und 3 beigefügt sind.</p>	<p>(4) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen von den Vorschriften der Absätze 1 bis 3 zulassen und auch sonstige bauliche Anlagen zulassen.</p> <p>(5) Für Urnenstelen, Urnengemeinschaftsgrab- anlagen und Grabstätten in einem naturnahen Bestattungsfeld gelten besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften, die dieser Satzung als Anlage 1, 2, und 3 beigefügt sind.</p> <p>§32 Sondergrabstätten</p> <p>(1) Ehrengräber werden durch die Stadt zuerkannt. Die Anlage und die Unterhaltung erfolgen durch die Stadt</p> <p>(2) Historisch und künstlerisch wertvolle Grabmale, die erhalten werden sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Stadt übernimmt das Nutzungsrecht an diesen Grabmälern nach Ablauf oder Rückgabe von der Nutzungsberechtigten Person.</p> <p>(3) Denkmalgeschützte Grabstätten dürfen ohne Zustimmung der zuständigen Denkmalschutzbehörde nicht verändert oder abgebaut werden.</p> <p>(4) Kriegsgräber sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Ehrenfelder zum Gedenken an Opfer des ersten und des zweiten Weltkriegs - Das Ehrenfeld des deutsch-Französischen Krieges 1870/1871, - Die internationalen Gedenkfelder für Zwangsarbeiter*innen im Nationalsozialismus <p>(5) Gedenkfelder der BASF für die Opfer von Explosionen der Jahre</p> <ul style="list-style-type: none"> - 1921 - 1948 <p>(6) Gemeinschaftsgrabstätte der Herzenskinder (nicht bestattungspflichtige Kinder und Föten).</p> <p>(7) Grabfelder der Schwestern des deutschen roten Kreuzes, der katholischen Schwestern der Diakonissen Speyer und der Pfarrer.</p>
<p>§ 34 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 24 Abs. 5 GemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Friedhof entgegen den Bestimmungen des § 4 betritt, 2. sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder Anordnungen des Aufsichtspersonals nicht befolgt (§ 5 Abs. 1), 3. gegen die Bestimmungen des § 5 Abs. 3 Satz 1 verstößt, 4. gegen die Bestimmungen des § 6 Abs. 4, 5, 6 oder 7 verstößt, 5. eine Bestattung nicht unverzüglich anmel- 	<p>§ 34 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Ordnungswidrig im Sinne von § 24 Abs. 5 GemO handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Friedhof entgegen den Bestimmungen des § 4 betritt, 2. sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder Anordnungen des Aufsichtspersonals nicht befolgt (§ 5 Abs. 1), 3. gegen die Bestimmungen des § 5 Abs. 3 Satz 1 verstößt, 4. gegen die Bestimmungen des § 6 Abs. 4, 5, 6 oder 7 verstößt, 5. eine Bestattung nicht unverzüglich anmel-

<p>det (§ 8 Abs. 1),</p> <ol style="list-style-type: none"> 6. Aufbahrungsräume entgegen § 10 Abs. 4 betritt, 7. Grabstätten vernachlässigt (§§ 23 und 24), 8. als Nutzungsberechtigter oder Dienstleistungserbringer Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen ohne vorherige Anzeige (§ 6 Abs. 1) errichtet, verändert (§ 26 Abs. 2) oder entfernt (§ 31), 9. Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§§ 29 und 30), 10. die Bestimmungen über zulässige Gestaltung und Maße für Grabmale nicht einhält (§ 32 Abs. 1 bis Abs. 5). 	<p>det (§ 8 Abs. 1),</p> <ol style="list-style-type: none"> 6. Aufbahrungsräume entgegen § 10 Abs. 4 betritt, 7. Grabstätten vernachlässigt (§§ 23 und 24), 8. als Nutzungsberechtigter nutzungsberechtigte Person oder Dienstleistungserbringer Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen ohne vorherige Anzeige (§ 6 Abs. 1) errichtet, verändert (§ 26 Abs. 2) oder entfernt (§ 31), 9. Grabmale oder sonstige bauliche Anlagen nicht in verkehrssicherem Zustand hält (§§ 29 und 30), 10. die Bestimmungen über zulässige Gestaltung und Maße für Grabmale nicht einhält (§ 32 Abs. 1 bis Abs. 5) (Anlagen 1-8), 11. kremierte Aschen von Haustieren in Grabstätten außerhalb der dafür bestimmten Abteilungen beigibt.
	<p>§ 35 Begrifflichkeiten</p> <ol style="list-style-type: none"> 8. <u>Bestattung</u> <p>Bei der Bestattung handelt es sich um die Übergabe des menschlichen Leichnams an die Elemente (Erde oder Feuer).</p> <ol style="list-style-type: none"> 9. <u>Beisetzung</u> <p>Eine Beisetzung ist das Versenken oder Einstellen einer Urne in ein Grab.</p> <ol style="list-style-type: none"> 10. <u>Grabstelle/Grabstätte</u> <p>Die Grabstelle umschreibt die kleinste Einheit der Fläche für die Beisetzung einer verstorbenen Person. Die Grabstätte bezeichnet den Standort des Grabes und kann eine oder mehrere Grabstellen beinhalten.</p> <ol style="list-style-type: none"> 11. <u>Nutzungsberechtigte Person</u> <p>Nutzungsberechtigte Person ist die Person, die das Recht hat, über die Bestattung in der Grabstätte zu verfügen, in der Grabstätte selbst bestattet zu werden, über die Gestaltung der Grabstätte im Rahmen der in dieser Satzung enthaltenen und auf ihr beruhenden Vorschriften zu entscheiden und die</p>

	<p>das Recht der Pflege der Grabstätte im Rahmen dieser Satzung erhalten hat.</p> <p>12. <u>Grabnutzungsdauer</u></p> <p>Nutzungsdauer umfasst die Zeitspanne, innerhalb derer die Grabstätte von der nutzungsberechtigten Person genutzt werden darf.</p> <p>13. <u>Ruhezeit</u></p> <p>Ruhezeit entspricht der Totenruhe, innerhalb derer die Grabstelle in einer Grabstätte nicht erneut belegt werden darf.</p> <p>14. <u>Wahlgrab:</u></p> <p>Eine Wahlgrabstätte unterscheidet sich von Reihengrabstätten grundsätzlich dadurch, dass die Lage durch die Angehörigen ausgesucht werden kann. Größe, Lage und längere Nutzungszeit zeichnen ein Wahlgrab aus.</p> <p>8. <u>Reihengrab:</u></p> <p>Reihengräber werden der Reihe nach vergeben und sind nicht verlängerbar.</p>
<p>§ 35 Inkrafttreten Die Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein vom 17.12.2009, zuletzt geändert durch Satzung vom 13.02.2019, außer Kraft.</p>	<p>§ 36 Inkrafttreten Die Satzung tritt am 01.07.2025 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen am Rhein vom 14.12.2020 außer Kraft.</p>
<p>Anlage 1 bleibt unverändert</p>	

<p>Anlage 2 <u>Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnengemeinschaftsgrabanlage</u></p> <p>Urnengemeinschaftsgrabanlagen zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung:</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den jeweils dazugehörenden Grabstein, die Bodenplatte und das Fundament zur Verfügung und sorgt für die Verdübelung. Somit erwirbt jeder Nutzungsberechtigte $\frac{1}{4}$ an einem Nutzungsrecht der gemeinschaftlichen Urnenstele nebst der Bodenplatte.</p> <p>Die Gestaltung der Anlage und zukünftige Veränderungen obliegen, bei pflichtgemäßem Ermessen und unter Berücksichtigung des Friedhofszwecks, dem Friedhofsträger</p> <p>Die Urnengemeinschaftsstelen und die dazugehörigen Bodenplatten sind aus Naturstein. Das Grabfeld ist als Rasenfläche angelegt. Es ist untersagt, Gegenstände irgendwelcher Art ins Erdreich einzulassen oder darauf abzulegen. Als Ablagefläche für Pflanzenschmuck oder Schalen dient nur die zur Stele gehörende Bodenplatte. Abgelegt Grabbeigaben oder Bepflanzungen werden durch die Friedhofsverwaltung entfernt und entsorgt.</p> <p>Für die Bearbeitung des Schriftbildes gilt folgendes:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zugelassen sind nur Bronzetafeln mit den Maßen 320 x 240 mm 2. Die Beschriftung kann mit der Bronzetafel gegossen werden oder als Buchstaben auf die Tafel aufgebracht werden. 3. Für ein einheitliches Schriftbild hat der Nutzungsberechtigte Sorge zu tragen, d. h. sollte die Inschrift in die Bronzetafel gegossen sein ist eine nachträgliche Anbringung von Buchstaben nicht zulässig. 4. Die Pflichten gehen bei Übertragung des Nutzungsrechtes auf den Rechtsnachfolger über. 	<p>Anlage 2 <u>Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für die Urnengemeinschaftsgrabanlage an der Sandsteinstele</u></p> <p>Urnengemeinschaftsgrabanlagen zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung:</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den jeweils dazugehörenden Grabstein, die Bodenplatte und das Fundament zur Verfügung und sorgt für die Verdübelung. Somit erwirbt jeder Nutzungsberechtigte $\frac{1}{4}$ an einem Nutzungsrecht der gemeinschaftlichen Urnenstele nebst der Bodenplatte.</p> <p>Die Gestaltung der Anlage und zukünftige Veränderungen obliegen, bei pflichtgemäßem Ermessen und unter Berücksichtigung des Friedhofszwecks, dem Friedhofsträger</p> <p>Die Urnengemeinschaftsstelen und die dazugehörigen Bodenplatten sind aus Naturstein. Das Grabfeld ist als Rasenfläche angelegt. Es ist untersagt, Gegenstände irgendwelcher Art ins Erdreich einzulassen oder darauf abzulegen. Als Ablagefläche für Pflanzenschmuck oder Schalen dient nur die zur Stele gehörende Bodenplatte. Abgelegt Grabbeigaben oder Bepflanzungen werden durch die Friedhofsverwaltung entfernt und entsorgt.</p> <p>Für die Bearbeitung des Schriftbildes gilt folgendes:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zugelassen sind nur Bronzetafeln mit den Maßen 320 x 240 mm 2. Die Beschriftung kann mit der Bronzetafel gegossen werden oder als Buchstaben auf die Tafel aufgebracht werden. 3. Für ein einheitliches Schriftbild hat der Nutzungsberechtigte Sorge zu tragen, d. h. sollte die Inschrift in die Bronzetafel gegossen sein ist eine nachträgliche Anbringung von Buchstaben nicht zulässig. 4. Die Pflichten gehen bei Übertragung des Nutzungsrechtes auf den Rechtsnachfolger über.
--	---

<p>Anlage 3 <u>Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Baumbestattungen für vor dem 31.12.2020 vergebene Grabnutzungsrechte.</u></p> <p>Die Baumgrabstätten zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den erworbenen Familienbaum bzw. den entsprechenden Grabplatz an einem Gemeinschaftsbaum zur Verfügung.</p> <p>Im Bereich der Kronentraufen von vorhandenen und neu gepflanzten Bäumen wurden die Grabplätze eingerichtet. Die Bäume wurden als Gruppen- und Einzelbäume angepflanzt.</p> <p>Das gewachsene, weitestgehend naturbelassene Baumbestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, den Grabplatz zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten, 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben, 3. Kerzen und Lampen aufzustellen, 4. Anpflanzungen vorzunehmen. <p>Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.</p> <p>Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.</p>	<p>Anlage 3 <u>Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Baumbestattungen für vor dem 31.12.2020 vergebene Grabnutzungsrechte.</u></p> <p>Die Baumgrabstätten zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten den erworbenen Familienbaum bzw. den entsprechenden Grabplatz an einem Gemeinschaftsbaum zur Verfügung.</p> <p>Im Bereich der Kronentraufen von vorhandenen und neu gepflanzten Bäumen wurden die Grabplätze eingerichtet. Die Bäume wurden als Gruppen- und Einzelbäume angepflanzt.</p> <p>Das gewachsene, weitestgehend naturbelassene Baumbestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, den Grabplatz zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten, 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben, 3. Kerzen und Lampen aufzustellen, 4. Anpflanzungen vorzunehmen. <p>Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.</p> <p>Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.</p>
	<p>Anlage 3 <u>Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für Urnengemeinschaftsgrabanlagen an der historischen Mauer oder im historischen Grab</u></p> <ol style="list-style-type: none"> (7) Die Urnengemeinschaftsgrabanlagen sind mit Naturstein eingefasst und durch die Friedhofsverwaltung bepflanzt. (8) Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten eine Grabstätte für zwei Urnenbeisetzungen in einer Edelstahlröhre zur Verfügung. (9) Die Urnenerdröhre hat einen Innendurchmes-

	<p>ser von 25 cm. Nach unten ist sie offen und mit der Erde verbunden, das Vergehen der Urnen ist somit gewährleistet. Über die erste beigesetzte Urnen wird ein Zwischenboden eingesetzt, so dass eine zweite Urne beigesetzt werden kann. Verschluss wird die Urnenerdröhre mit einer Verschlussplatte aus Metall und einer Granitplatte.</p> <p>(10)Die Namensnennung der verstorbenen Personen kann durch die Nutzungsberechtigte Person auf der Granitplatte des Grabes oder mit einer Plakette der Größe 10*15 cm an einer gemeinschaftlichen Natursteinstele erfolgen.</p> <p>(11)Als gemeinschaftliche Ablagefläche steht eine Natursteinplatte zur Verfügung. Auf die Grabstätte selbst darf nichts abgelegt oder gepflanzt werden, die Pflanzung darf nicht betreten werden.</p> <p>(12)Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör oder Pflanzungen zu entfernen und zu entsorgen. Die Pflege, Gestaltung und Verkehrssicherheit der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.</p>
<p>Anlage 4 <u>Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für naturnahe Bestattungsfelder</u></p> <p>Die Grabstätten im naturnahen Bestattungsfeld zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten die erworbene Grabstätte im naturnahen Bestattungsfeld zur Verfügung. Die Grabstätten werden im naturnahen Bestattungsfeld in ausgewiesenen Flächen erstellt.</p> <p>Das gewachsene und weitestgehend naturbelassene naturnahe Bestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, das Bestattungsfeld zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten, 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben, 3. Kerzen und Lampen aufzustellen, 4. Anpflanzungen vorzunehmen. <p>Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes</p>	<p>Anlage 4 <u>Besondere Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften für naturnahe Bestattungsfelder (Baumgrabstätten vor dem 31.12.2020)</u></p> <p>Die Grabstätten im naturnahen Bestattungsfeld zählen zu den Grabstätten in Grabfeldern mit besonderen Nutzungs- und Gestaltungsvorschriften. Diese Vorschriften gewährleisten eine der Pietät angemessene Darstellung.</p> <p>Der Friedhofsträger stellt dem Nutzungsberechtigten die erworbene Grabstätte im naturnahen Bestattungsfeld zur Verfügung. Die Grabstätten werden im naturnahen Bestattungsfeld in ausgewiesenen Flächen erstellt.</p> <p>Das gewachsene und weitestgehend naturbelassene naturnahe Bestattungsfeld darf in seinem Erscheinungsbild nicht negativ beeinflusst werden. Es ist daher untersagt, das Bestattungsfeld zu bearbeiten, zu schmücken oder in sonstiger Form zu verändern. Es ist insbesondere nicht gestattet:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Grabmale, Gedenksteine und sonstige bauliche Anlagen zu errichten, 2. Kränze, Grabschmuck, Erinnerungsstücke oder sonstige Grabbeigaben niederzulegen oder der Urne beizugeben, 3. Kerzen und Lampen aufzustellen,

<p>Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.</p> <p>Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.</p>	<p>4. Anpflanzungen vorzunehmen.</p> <p>Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, abgelegtes Grabzubehör zu entfernen und zu entsorgen.</p> <p>Die Grabinschrift erfolgt durch den Nutzungsberechtigten ausschließlich an der dafür vorgesehenen und durch die Friedhofsverwaltung bestimmten Stelle. Die Pflege und gärtnerische Gestaltung der Anlage obliegt der Stadt Ludwigshafen.</p>
<p>§32 Gestaltung der Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften</p> <p>(1) Die Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung den nachstehenden Anforderungen entsprechen: Für Grabmale dürfen nur Natursteine oder Holz oder geschmiedetes oder gegossenes Metall verwendet werden. Findlinge, findlingsähnliche, unbearbeitete, bruchrauhe, grellweiße und tiefschwarze Steine sind nicht zugelassen. Bei der Gestaltung und Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Alle Steine müssen allseitig und gleichmäßig bearbeitet sein, 2. alle Bearbeitungsarten sind zulässig, außer Politur 3. Politur ist nur als gestalterisches Element für Ornament und Schrift erlaubt, sofern sie nicht überwiegt 4. die Grabmale müssen aus einem Stück hergestellt sein, sie dürfen keine Sockel haben 5. nicht zugelassen sind alle nicht aufgeführten Materialien, Zutaten, Gestaltungs- und Bearbeitungsarten, insbesondere Beton, Glas, Emaille, Kunststoff, Lichtbilder, Gold, Silber, Bronze und Farben 6. Grabeinfassungen und Grababdeckungen sind nicht zugelassen. <p>(2) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stehende Grabmale <ol style="list-style-type: none"> a) bei einstelligen Gräbern: Höhe 0,80 bis 1,20 m, Breite bis 0,60 m, Mindeststärke 0,18 m; b) bei mehrstelligen Gräbern: Höhe 1,00 bis 1,20 m, Breite bis 1,40 m, Mindeststärke 0,18 m. 	<p>Anlage 5 <u>Gestaltung der Grabmale in Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften L1 und D5C auf dem Hauptfriedhof</u></p> <p>(4) Die Grabmale in Grabfeldern mit besonderen Gestaltungsvorschriften müssen in ihrer Gestaltung und Bearbeitung den nachstehenden Anforderungen entsprechen: Für Grabmale dürfen nur Natursteine oder Holz oder geschmiedetes oder gegossenes Metall verwendet werden. Findlinge, findlingsähnliche, unbearbeitete, bruchrauhe, grellweiße und tiefschwarze Steine sind nicht zugelassen. Bei der Gestaltung und Bearbeitung sind folgende Vorschriften einzuhalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 7. Alle Steine müssen allseitig und gleichmäßig bearbeitet sein, 8. alle Bearbeitungsarten sind zulässig, außer Politur 9. Politur ist nur als gestalterisches Element für Ornament und Schrift erlaubt, sofern sie nicht überwiegt 10. die Grabmale müssen aus einem Stück hergestellt sein, sie dürfen keine Sockel haben 11. nicht zugelassen sind alle nicht aufgeführten Materialien, Zutaten, Gestaltungs- und Bearbeitungsarten, insbesondere Beton, Glas, Emaille, Kunststoff, Lichtbilder, Gold, Silber, Bronze und Farben 12. Grabeinfassungen und Grababdeckungen sind nicht zugelassen. <p>(5) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 1 (Erd-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Erdbestattungen sind Grabmale mit folgenden Maßen zulässig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Stehende Grabmale <ol style="list-style-type: none"> c) bei einstelligen Gräbern: Höhe 0,80 bis 1,20 m, Breite bis 0,60 m, Mindeststärke 0,18 m; d) bei mehrstelligen Gräbern:

<p>2. Liegende Grabmale</p> <p>a) bei einstelligen Gräbern: Breite bis 0,60 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,14 m bis 0,30 m;</p> <p>b) bei mehrstelligen Gräbern: Breite bis 0,75 m, Länge 0,80 bis 1,20 m, Höhe 0,14 bis 0,30 m.</p> <p>(3) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss 0,40 x 0,40 m, Höhe 0,80 bis 1,20 m; 2. Liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m 	<p>Höhe 1,00 bis 1,20 m, Breite bis 1,40 m, Mindeststärke 0,18 m.</p> <p>4. Liegende Grabmale</p> <p>c) bei einstelligen Gräbern: Breite bis 0,60 m, Länge 0,70 bis 0,90 m, Höhe 0,14 m bis 0,30 m;</p> <p>d) bei mehrstelligen Gräbern: Breite bis 0,75 m, Länge 0,80 bis 1,20 m, Höhe 0,14 bis 0,30 m.</p> <p>(6) Auf Wahlgräbern i. S. des § 19 Abs. 1 Nr. 2 (Urnen-Familiengräber) und Partnergräbern i. S. des § 18 Abs. 1 für Urnenbeisetzungen sind Grabmale bis zu folgenden Größen zulässig:</p> <ol style="list-style-type: none"> 3. Stehende Grabmale mit quadratischem oder rundem Grundriss 0,40 x 0,40 m, Höhe 0,80 bis 1,20 m; 4. Liegende Grabmale mit quadratischem Grundriss bis 0,40 x 0,40 m, Höchstmaß 0,70 x 0,70 m, Höhe der hinteren Kante 0,16 m
	<p>Anlage 6 <u>Gestaltung der Grabstätten in den Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften B links, B rechts und B MAU auf dem Hauptfriedhof</u></p> <p>(4) Diese Abteilungen befinden sich in einer Denkmalzone. Es finden sich dort viele historische Grabstätten und Ehrengräber der Stadt Ludwigshafen, angrenzend liegen Gedenkfelder der Kriegsgräber. Es ist in hervorgehobener Weise auf die Würde des Ortes und die einheitliche Gestaltung entsprechend der umgebenden Gräbern zu achten.</p> <p>(5) Bei der Gestaltung sind daher folgende Vorschriften einzuhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einfassung aus Naturstein, Stärke mind. 8 cm, sind anzulegen - Abdeckungen aus Naturstein dürfen max. 2/3 des Grabes bedecken, die restliche Fläche ist gärtnerisch anzulegen - Pflanzungen dürfen 1,80 m Höhe nicht überschreiten und benachbarte Gräber nicht beeinträchtigen - Holzkreuze sind spätestens 1 Jahr nach der Bestattung zu entfernen. - LED-Leuchten oder LED-Kerzen dürfen nicht aufgestellt werden. <p>(6) Folgende Materialien dürfen als Abdeckung der Pflanzfläche oder als Grabschmuck nicht ver-</p>

	<p>wendet werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Rindenmulch - Kunststoffgewebe - Kiese oder Splitte - Kunststoffe - Glas
	<p>Anlage 7 <u>Gestaltung der Grabstätten pflegeleichtes Kräuterrasengrab</u></p> <p>(5) In einem pflegeleichten Kräuterrasengrab können zwei Säрге übereinander (tiefere Ausschachtung bei der ersten Bestattung notwendig) und zwei Urnen beigesetzt werden.</p> <p>(6) Die Sargbeisetzungen finden in einer Rasenfläche statt, die Urnenbeisetzungen in der an die Rasenfläche anschließenden Pflanzfläche.</p> <p>(7) Auf einem vorgegebenen Fundament innerhalb der Pflanzfläche ist ein individuell gestaltetes Grabmal mit einer max. Grundfläche von 40x40 cm, stehend oder liegend, zu errichten.</p> <p>(8) Vor dem Grabmal steht der nutzungsberechtigten Person eine Fläche von ca. 50x40 cm zur individuellen Bepflanzung zur Verfügung. Wird diese Möglichkeit nicht genutzt, wird die Fläche entsprechend der umgebenden Pflanzfläche von der Friedhofsverwaltung gestaltet und gepflegt.</p>
	<p>Anlage 8 <u>Gestaltung der Grabstätten in den Abteilungen für Mensch und Tier Bestattungen</u></p> <p>(4) In festgelegten Abteilungen finden sich Erd- und Urnenwahlgrabstätten (siehe § 19), sowie Partnergrabstätten für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen (siehe § 18), wenn die Planung dies ermöglicht. Die Belegung nach § 20, Abs. 1-4 gilt entsprechend.</p> <p>(5) Haustiere können ausschließlich in Grabstätten dieser Abteilungen als kremierte Asche in verrottbaren Aschekapseln und Überurnen beigegeben werden.</p> <p>(6) Bei der Gestaltung der Grabstätte darf das verstorbene Tier in der Wahrnehmung nicht über die verstorbene Person gesetzt werden.</p>

zu 2 Ergänzung neuer Gebührentatbestände für die zum 1. Juli 2025 neu einzuführenden Grabarten in der Friedhofsatzung der Stadt Ludwigshafen

Der Werkausschuss des Wirtschaftsbetriebs Ludwigshafen möge dem Stadtrat empfehlen, zu beschließen:

- Die neuen Gebührentatbestände für die ab 01.07.2025 eingeführten neuen Grabarten werden beschlossen.
- Die beigefügte Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung einer Gebühr für die Benutzung der Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen der Stadt Ludwigshafen am Rhein wird beschlossen.

B e s c h l u s s

Einstimmig angenommen-----

Begründung der Notwendigkeit:

1. Aufnahme neuer Gebührentatbestände

Vor dem Hintergrund der Konkurrenz der kommunalen Friedhöfe vor allem durch Angeboten wie Ruheforst und Friedwald, ist es erforderlich, weitere Angebote von Grabnutzungsrechten, die eine Pflege und die Gewährleistung der Verkehrssicherheit beinhalten, für die Bürger*innen von Ludwigshafen zu schaffen.

Auch die Möglichkeit die Asche von Haustieren als Grabbeigaben in Grabstätten einzulassen soll nun mit einem ersten Angebot einmal erprobt werden. Dieses Ansinnen wurde mehrfach an die Friedhofsverwaltung herangetragen, konnte bisher aufgrund fehlender Rechtsgrundlagen in der Friedhofssatzung, jedoch nicht umgesetzt werden.

Aufgrund der vorgenannten Gründe, wurden in der Friedhofssatzung die Grundlagen für die oben genannten neuen Grabarten geschaffen. Zu den Details dieser neuen Nutzungsrechte möchten wir auf die separat vorliegende Gremienvorlage verweisen.

Mit dieser Vorlage sollen nun die gebührenrechtlichen Grundlagen für die obigen Angebote geschaffen werden.

Im Detail handelt es sich um folgende neue Nutzungsrechte:

- ahlgrab für Erdbestattungen –Kräuterrasengrab W
- ahlgrab für Urnenbeisetzung in historischem Grab
oder an einer historischen Mauer W
- Wahlgrab für Erdbestattungen Mensch und Tier
- artnergrab für Erdbestattungen Mensch und Tier P
- Wahlgrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier
- artnergrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier P

2. Gebührenhöhe der neuen Grabangebote

Grundsätzlich sind bei der Kalkulation der Gebühren, gemäß den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes sowohl die Kostenentwicklung der vergangenen Jahre, als auch die zukünftig zu erwartenden Veränderungen im Kalkulationszeitraum zu berücksichtigen. Auf dieser Grundlage wurden mit Wirkung zum 1.1.2025 die Friedhofsgebühren allgemein angepasst. Bei der Ermittlung dieser neuen Gebührentatbestände wurde dieses Kostenniveau ebenfalls zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden die Aufwände bezogen auf die Pflege und sonstige Unterhaltung der pflegeinkludierten Nutzungsrechte ermittelt und entsprechend ebenfalls berücksichtigt. Bei den neuen Grabarten, die die Grabbeigaben von Ascheresten kremierte Haustiere ermöglicht, wurde ein geringfügiger Aufschlag für die Betreuung und Kontrolle dieser neuen Möglichkeit durch die Friedhofsverwaltung hinzugerechnet.

Im Einzelnen führt dies zu folgenden neuen Gebühren:

•	Wahlgrab für Erdbestattungen –Kräuterrasengrab-	4.235,00 EUR	
•			W
	ahlgrab für Urnenbeisetzung in historischem Grab oder an einer historischen Mauer	3.510,00 EUR	
•	Wahlgrab für Erdbestattungen Mensch und Tier	2.242,00 EUR	
•			P
	artnergrab für Erdbestattungen Mensch und Tier	2.153,00 EUR	
•	Wahlgrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier	1.680,00 EUR	
•			P
	artnergrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier	1.568,00 EUR	

In der Anlage zu dieser Vorlage sind enthalten:

1. Eine Synopse, die darstellt, wie sich die Friedhofs- und Bestattungsgebührenordnung durch die Ergänzung der neuen Gebührentatbestände verändert.
2. Eine Änderungssatzung, die die bestehende Satzung bezogen auf ihre Anlage mit den einzelnen Gebührentatbeständen sowie deren vertragliche Höhe entsprechend ergänzt.

3. Benutzung des Sektionsraumes	140,00 EUR	
---------------------------------	---------------	--

Aktuell

Ab 01.07.2025

III. Überlassung von Grabnutzungsrechten		III. Überlassung von Grabnutzungsrechten	
1. Erwerb eines 30-jährigen Nutzungsrechtes an einem einstelligen Wahl- und Partnergrab für Erdbestattungen oder Urnenbeisetzungen		1. Erwerb eines 30-jährigen Nutzungsrechtes an einem einstelligen Wahl- und Partnergrab für Erdbestattungen oder Urnenbeisetzungen	
1.1 Wahlgrab für Erdbestattungen	2.165,00 EUR	1.1 Wahlgrab für Erdbestattungen	2.165,00 EUR
		<u>1.2 Wahlgrab für Erdbestattungen</u>	<u>EUR</u>
		<u>1.3 Mensch und Tier</u>	<u>2.242,00</u>
		<u>Wahlgrab für Erdbestattungen –</u>	<u>EUR</u>
		<u>Kräuterrasengrab-</u>	<u>4.235,00</u>
			<u>EUR</u>
1.2 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen	1.603,00 EUR	<u>1.4 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen</u>	1.603,00 EUR
		<u>1.5 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier</u>	<u>1.680,00</u>
			<u>EUR</u>
1.3 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnenmauernischen		<u>1.6 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnenmauernischen</u>	
1.3.1 auf dem Hauptfriedhof	3.340,00 EUR	<u>1.6.1 auf dem Hauptfriedhof</u>	3.340,00 EUR
1.3.2 auf dem Friedhof Mundenheim	2.839,00 EUR	<u>1.6.2 auf dem Friedhof Mundenheim</u>	2.839,00 EUR
1.4 Partnergrab für Erdbestattungen	2.076,00 EUR	<u>1.7 Partnergrab für Erdbestattungen</u>	2.076,00 EUR
		<u>1.8 Partnergrab für Erdbestattungen Mensch und Tier</u>	<u>2.153,00</u>
			<u>EUR</u>
1.5 Partnergrab für Urnenbeisetzungen	1.491,00 EUR	<u>1.9 Partnergrab für Urnenbeisetzungen</u>	1.491,00 EUR
		<u>1.10 Partnergrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier</u>	<u>1.568,00</u>
			<u>EUR</u>
1.6 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnenstelen	3.340,00 EUR	<u>1.11 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnenstelen</u>	3.340,00 EUR
1.7 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnengemeinschaftsanlagen	2.520,00 EUR	<u>1.12 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnengemeinschaftsanlagen</u>	2.520,00 EUR
		<u>1.13 Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in historischem Grab oder an einer historischen Mauer</u>	<u>3.510,00</u>
			<u>EUR</u>
1.8 Wird das Nutzungsrecht an einem mehrstelligen Wahlgrab erworben, so ist das jeweils Mehrfache der unter den Ziff. 1.1 – 1.5 genannten Beträge zu entrichten.		<u>1.14 Wird das Nutzungsrecht an einem mehrstelligen Wahlgrab erworben, so ist das jeweils Mehrfache der unter den Ziff. 1.1 – 1.10 genannten Beträge zu entrichten.</u>	

Bei den Ziffern III. 4.1 bis III. 4.5 handelt es sich um Nettobeträge zuzüglich der geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer

5.	Erwerb eines 20jährigen Nutzungsrechts an einem Reihengrab	
5.	1 Reihengrab für Erdbestattungen	
5.		1.095,0
1.	Erwachsene und Kinder über 6	0 EUR
1	Jahre	
5.		383,00
1.		EUR
2	Kinder bis zu 6 Jahren	
5.		750,00
2	Reihengrab für Urnenbeisetzungen	EUR

Keine Veränderung

Aktuell

Ab 01.07.2025

I Ausgrabungen und Wiederbeisetzung

.	1 Ausgrabungen und Wiederbeisetzungen in ein . anderes Grab auf dem gleichen Friedhof oder dem Friedhof eines anderen Stadtteiles	
1	Erwachsene und Kinder über 6	1.466,00
.	Jahre	EUR
1		
1	Kinder bis zu 6 Jahren	589,00
.		EUR
2		
1	Urnen	872,00
.		EUR
3		
1	Werden gleichzeitig mehrere in . einem Grab Bestattete ausgegraben	
4	und umgebettet, so wird nur für den Bestatteten der volle Betrag be- rechnet, für den sich der höchste Betrag ergibt. Für alle übrigen Be- statteten ermäßigen sich die Beträ- ge der Ziffern 1.1 bis 1.3 um die Hälfte.	

Keine Veränderung

<p>1 Für Ausgrabungen von Bestatteten zur Überführung nach auswärts</p> <p>5 bzw. Wiederbestattung im gleichen Grab, werden die halben Beträge der Ziffern 1.1 – 1.3 erhoben. Werden gleichzeitig mehrere in einem Grab Bestattete ausgegraben, so wird für den Bestatteten der volle Betrag berechnet, für den sich der höchste Betrag ergibt. Für alle übrigen Bestatteten ermäßigen sich die Beträge der Ziffern 1.1 -1.3 auf ein Viertel.</p>	
---	--

Aktuell

Ab 01.07.2025

V Grabzeichen		
<p>·</p> <p>Bearbeitung der Anzeige zur Aufstellung, Änderung oder zum Versetzen eines Grabmals (Grabstein, Liegeplatte oder Einfassung)</p>	<p>77,00 EUR</p>	<p>Keine Veränderung</p>
V sonstige Gebühren		
I.		
<p>1. Kammerverschlussplatte mit Befestigungsmaterialien für Urnenstelen</p>	<p>288,0 0 EUR</p>	<p>Keine Veränderung</p>
<p>2. Besondere und sonstige Leistungen, die in der Satzung nicht als Gebühr aufgeführt sind, oder in ihrem Ausmaß über die in der Satzung vorgesehenen Leistungen hinausgehen, werden zusätzlich berechnet. Die Gebührenhöhe bestimmt sich nach den tatsächlichen Aufwendungen und dem geltenden Stundensatz. Der Stundensatz beträgt 77,00 Euro.</p>		
<p>3. Zufahrterlaubnis für Gewerbetreibende für den Zeitraum eines Kalenderjahres</p>	<p>77,00 EUR</p>	
<p>4. Änderung bzw. Neuausstellung einer Grabnutzungsurkunde</p>	<p>39,00 EUR</p>	

**Satzung zur Änderung der Satzung
über die Erhebung einer Gebühr für die Benutzung der Friedhöfe und Bestattungseinrichtungen der Stadt Ludwigshafen am Rhein;
(Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung)
vom 17.12.2020**

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473,475), in Verbindung mit § 2 Abs. 1 des Kommunalabgabengesetzes vom 20.06.1995 (GVBl. S. 175), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25.02.2025 (GVBl. S. 62), erlässt die Stadt Ludwigshafen am Rhein auf Beschluß des Stadtrates vom 30.06.2025 folgende Satzung:

§ 1

Die Anlage zur Friedhof- und Bestattungsgebührenordnung vom 17.12.2020 wird unter Punkt „III. Überlassung von Grabnutzungsrechten“ geändert und wie folgt neu gefasst:

III.

Ü

Überlassung von Grabnutzungsrechten

1.	Erwerb eines 30jährigen Nutzungsrechtes an einem einstelligen Wahl- und Partnergrab für Erdbestattungen und Urnenbeisetzungen	
1.1	Wahlgrab für Erdbestattungen	2.165,00 EUR
1.2	Wahlgrab für Erdbestattungen Mensch und Tier	2.242,00 EUR
1.3	Wahlgrab für Erdbestattungen –Kräuterrasengrab-	4.235,00 EUR
1.4	Wahlgrab für Urnenbeisetzungen	1.603,00 EUR
1.5	Wahlgrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier
EUR	1.680,00
1.6	Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnenmauernischen	
1.6.1	auf dem Hauptfriedhof	3.340,00 EUR
1.6.2	auf dem Friedhof Mundenheim	2.839,00 EUR
1.7	Partnergrab für Erdbestattungen	2.076,00 EUR
1.8	Partnergrab für Erdbestattungen Mensch und Tier
EUR	2.153,00
1.9	Partnergrab für Urnenbeisetzungen	1.491,00 EUR
1.10	Partnergrab für Urnenbeisetzungen Mensch und Tier	1.568,00 EUR
1.11	Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in Urnenstelen	3.340,00 EUR
1.12	Wahlgrab für Urnenbeisetzungen in
Urnengemeinschaftsanlagen	2.520,00 EUR

	1.13	Wahlgrab für Urnenbeisetzung in historischem Grab oder an einer historischen Mauer	3.510,00 EUR
	1.14	Wird das Nutzungsrecht an einem mehrstelligen Wahlgrab erworben, so ist das jeweils Mehrfache der unter den Ziff. 1.1 – 1.10 genannten Beträge zu entrichten.	
	1.15	Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/30 der unter Ziff. 1.1 bis 1.13 genannten Beträge zu entrichten. Ziff. 1.14 gilt entsprechend.	
	1.16	Bei einem mehrstelligen Wahlgrab ist die Verlängerung des Nutzungsrechtes nur für den gesamten Grabplatz möglich. Ziff. 1.1 – 1.15 gelten entsprechend.	
	2.	Erwerb eines 25jährigen Nutzungsrechts an einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld	
EUR	2.1	Erdgrabstätte	2.828,00
	2.2	Urnengrabstätte	1.864,00
EUR	2.3	Für die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist für jedes weitere Nutzungsjahr 1/25 der unter Ziff. 2.1 und 2.2 genannten Beträge zu entrichten.	
	3.	Rückgabe des Nutzungsrechtes an Wahlgräbern und Partnergräbern	
	3.1	Verwaltungskosten (für jede Grabauflösung)	77,00 EUR
	4.	Abräumung von Wahl- und Partnergräbern	
	4.1	Abräumung eines Erdwahl- oder Erdpartnergrabes	381,00 EUR
	4.2	Abräumung eines Urnenwahl- oder Urnenpartnergrabes	269,00 EUR
	4.3	Abräumung einer Urnennische in einer Mauer oder Stele	198,00 EUR
	4.4	Abräumung eines Wahlgrabs in einer Urnengemeinschaftsanlage oder einer Grabstätte in einem naturnahen Bestattungsfeld	88,00 EUR
	4.5	Bei Abräumung von mehrstelligen Familiengräbern erhöhen sich Beträge der Ziffern 4.1 – 4.3 um jeweils die Hälfte	

Bei Gräbern, die nach dem 01.01.2010 erworben wurden, werden die Gebühren zum Zeitpunkt der Beantragung des Grabnutzungsrechtes erhoben und bei der Abräumung durch den Nutzungsberechtigten zurückerstattet.

Bei den Ziffern III. 4.1 bis III. 4.5 handelt es sich um Nettobeträge zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

5.	Erwerb eines 20jährigen Nutzungsrechtes an einem Reihengrab	
5.1	Reihengrab für Erdbestattungen	
5.1.1	Erwachsene und Kinder über 6 Jahre	1.095,00 EUR
5.1.2	Kinder bis zu 6 Jahren	383,00 EUR
5.2	Reihengrab für Urnenbeisetzungen	750,00 EUR

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt am 01.07.2025 in Kraft.

Ludwigshafen am Rhein, den.....
Stadtverwaltung

gez.

Jutta Steinruck
Oberbürgermeisterin

zu 3 Unterirdische Rattenbekämpfung -Maßnahmegenehmigung-

Der Werkausschuss Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen möge beschließen:

Die Maßnahme „**Unterirdische Rattenbekämpfung im Kanalnetz Ludwigshafen**“ zu Gesamtkosten in Höhe von

252.000,- €
inkl. 19% MwSt.

wird genehmigt.

B e s c h l u s s

Einstimmig angenommen-----

Zusammenfassung						
Projekt-/Kostenstellennummer WP			Bez. WP	Kanalnetz Ludwigshafen		
☒ Maßnahmen-genehmigung	☐ Vergabe		☐ Maßnahmen-erhöhung		☐ Sonstiges	
☐ Ersatzbeschaffung	☐ Ersatzneubau		☐ Sanierung/ Reparatur		☐ Neubau/ Erstbeschaffung	
Status	Studie/ Konzept ☐	Vorplanung ☒	Entwurfs- planung ☐	Ausf.- planung ☐	Ausführung ☐	Sonstiges ☐
Gesamtsumme in EUR inkl. MwSt.	252.000,- EUR		Amortisation in Jahren		--	
Projekt/Maßnahme losweise	Ja ☐	Nein ☒	Kurzbezeichnung Los			
Kostenschätzung in EUR inkl. MwSt.			Auftragssumme in EUR inkl. MwSt.			

I. Begründung der Maßnahme

Die unterirdische Rattenbekämpfung innerhalb der abwassertechnischen Anlagen liegt im Verantwortungsbereich des Bereichs *4-24 Stadtentwässerung und Straßenunterhalt – Ka-*

nalbetrieb. Die speziellen Arbeitssicherheitsvorgaben abwassertechnischer Anlagen sind bei der unterirdischen Rattenbekämpfung zu beachten.

Die bisherige Rattenbekämpfung erfolgte bereits über einen Rahmenvertrag durch einen externen Dienstleister, da der Bereich nicht über die erforderlichen Ressourcen und Ausrüstung (z. B. Personal, Fahrzeug, Köderschutzboxen) verfügt. Der bestehende Rahmenvertrag aus dem Jahr 2021 in der Höhe von 247.032,10 EUR inkl. MwSt. wird bis Mitte 2025 ausgeschöpft sein, so dass eine erneute nationale Ausschreibung erforderlich wird.

II. Beschreibung der Maßnahme

Die in der Betriebszentrale der Stadtentwässerung eingehenden Rattenmeldungen werden im Betriebsführungssystem KANiO dokumentiert und ausgewertet. Ebenfalls berücksichtigt werden Rattensichtungen im Zuge der Kanalzustandserfassungen.

Anschließend werden die Bekämpfungsmaßnahmen ortsteilweise gebündelt an den externen Dienstleister beauftragt.

Durch die aktuell geltenden rechtlichen Vorgaben dürfen Giftköder nicht mehr ungeschützt vor Abwasserkontakt in das Kanalnetz eingebracht werden. Deshalb sind für den Einsatz von Giftködern Köderschutzboxen vorgeschrieben. Diese Köderschutzboxen kosten je nach Ausführung um die 1.000 EUR netto. Diese rechtlichen Vorgaben sind auch ursächlich für den Anstieg der Rattenbekämpfungskosten gegenüber dem Zeitraum vor 2021.

Es ist vorgesehen, die Rattenbekämpfungsmaßnahmen mit Beginn der kühleren Jahreszeit wieder zu intensivieren, da die Ratten derzeit verstärkt an der Oberfläche auf Nahrungssuche sind. Die vorliegende Maßnahmengenehmigung dient der rechtzeitigen Vorbereitung (Ausschreibung und Vergabe) der geplanten Rattenbekämpfung.

Für die Ausführung der Arbeiten werden auf Basis des Rahmenvertrags Einzelaufträge bis 10.000,00 EUR inkl. 19 % MwSt. erteilt. Die Laufzeit des Vertrags beträgt 4 Jahre.

III. Kosten der Maßnahme

Auf Basis der bestehenden Beauftragung aus dem Jahre 2021 lässt sich ein mittleres Jahresbudget von rd. 55.000 EUR/a inkl. MwSt. für Rattenbekämpfungsmaßnahmen ableiten. Unter Berücksichtigung einer Preissteigerung für Dienstleistungen wird eine Steigerung dieses Jahresbetrags auf rd. 63.000 EUR/a inkl. MwSt. erwartet.

Die Kosten der Maßnahme ergeben sich somit für den angestrebten 4-Jahres-Zeitraum wie folgt:

Jahresbudget brutto	63.000 EUR/a
Summe (brutto)	252.000 EUR

IV. Mittelbedarf

2025:	rd. 30.000 EUR
2026ff	222.000 EUR

V. Verfügbare Mittel

Die Mittel stehen im Rahmen der Gesamtdeckung im Wirtschaftsplan 2025 zur Verfügung und werden im Wirtschaftsplan 2026 ff. eingestellt.

Diese Maßnahme ist gemäß §99 der Gemeindeordnung des Landes Rheinland-Pfalz unaufschiebbar.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um
14:30 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 27.05.2025

Peter Nebel
Werkleitung

Anja Koch
Schriftführer/in

Alexander Thewalt
Vorsitzende/r